Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 592. Mittag-Ausgabe. Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 20. December 1875.

Deutschland.

O. C Reichstags-Verhandlungen.

31. Sitzung vom 18. December.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke, v. Stosch, v. Pfretzschner mit zahlreichen Commissarien.

Zunächst werden die drei Gesetze, betr. das Urheberrecht durch eine definitive Schlußabstimmung und die Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung in dritter Berathung genehmigt.

Alsdann wird über eine große Anzahl von Petitionen, die der Budget-Commission vorgelegen haben, Bericht erstattet. Abg. Dr. Kapp referirt über die Petitionen, betreffend die Lage der Post- und Telegraphenbeamten, welche dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen werden sollen. Die Petitionen beziehen sich bei beiden Kategorien von Beamten auf Verbesserung ihres Gehaltes, sodann bei den Telegraphenbeamten auf Fixirung ihrer Rangverhältnisse und Gleichstellung derselben mit den Postbeamten. Die Budgetcommission mußte anerkennen, daß die Noth in den betreffenden Beamtenkreisen eine wirklich dringende ist, wie die jedes Jahr an den Reichstag gelangten Klagen beweisen. Eine Abhilfe ist hier dringend geboten, und tritt sie nicht in wirksamer Weise ein, so muß nothwendig der Dienst darunter leiden und die Hingebung und Pflichttreue erlahmen, mit welcher diese Beamten bisher ihren schweren Beruf erfüllt haben. Gerade diese Beamten kommen mehr wie alle anderen in häufige und unmittelbare Berührung mit dem Publikum; sie haben daher für das wichtige Moment der Kleidung mehr wie andere aufzuwenden. Die Commission hat einstimmig beschlossen, diese Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Bamberger. Obwohl ich mich nur schwer entschließe, zu Gunsten von Petitionen, welche eine Erhöhung der Ausgaben und eine Mehrbelastung des Steuerzahlers erfordern, das Wort zu nehmen, muß ich doch diese Petitionen dem Hause dringend zur Annahme empfehlen. Die hier in Rede stehenden Beamten, namentlich die Telegraphen-Beamten sind in einem außerordentlich angestrengten, ihre Gesundheit sehr beeinträchtigenden Dienst unausgesetzt mit voller Hingabe zum Dienst und Wohl des Publikums beschäftigt. Doch ist mit einiger Vorsicht zu verfahren und zu bedenken, daß die Theuerung bei stetig wachsender Erhöhung der Gehälter nur schwer nachlassen kann, ja vielmehr gerade dadurch verlängert wird, bis, wenn sie endlich weicht, das Budget des Reiches mit Gehältern, die der Theuerung wegen erhöht wurden, dauernd belastet bleibt. Die Vertreter der Bundes-Regierungen haben in der Commission auf die Nebenvergütigungen durch Tantieme hingewiesen, deren Beibehaltung für diese Beamten sie empfahlen. Ich habe in dieser Beziehung einigen Zweifel. Wer die Praxis kennt, kommt zu dem Resultate, daß wir hier nur zwischen zwei Fehlern alterniren. Entweder die einzelnen Beamten einer bestimmten Station haben über die Vertheilung der zu expedirenden Depeschen ein Uebereinkommen unter einander nicht getroffen, dann entsteht unter den Beamten ein unausgesetztes Abjagen, das zu Neid und Mißgunst führt und die Collegialität untergräbt; oder die Beamten theilen sich in die Nebenvergütungen, dann fällt wieder das System der Tantieme und der Grund es aufrecht zu erhalten, nämlich einen Anreiz und Sporn zur besseren Bedienung des Publikums zu schaffen. Einen eigentlichen Vortheil vermag ich daher in diesem System nicht zu erblicken, zumal die Tantiemen selbst so außerordentlich gering sind. Möchten die verbündeten Regierungen doch diese Lage der Sache beherzigen.

Generalpostmeister Stephan: Man kann über die Bedeutung und Wirkund der sogenannten Tantieme-Vergütung sehr verschiedener Meinung sein. Der Vorredner hat ihre Schattenseiten hervorgehoben; ich könnte Ihnen auch Vorzüge derselben vorführen. Jedenfalls fordert der jetzige Zustand der Dinge zu einer eingehenden Erwägung darüber auf, ob es besser sein wird, die Nebenvergütigungen beizubehalten, oder aufzuheben und für den Ausfall in anderer und wirksamerer Weise Fürsorge zu treffen. Die verbündeten Regierungen werden diese Frage gewissenhaft prüfen und in Erwägung ziehen und nach den Erfahrungen, welche die gegenwärtige Neuorganisation des Telegraphenwesens an die Hand giebt, zur Entscheidung bringen.

Der Antrag der Commission wird hierauf vom Hause angenommen.

Von mehreren Petitionen, über welche die Commission zur Tagesordnung überzugehen empfiehlt, giebt eine, die sich auf die Einführung der Spiritus-Fabrikatsteuer an Stelle der jetzigen Raumsteuer bezieht, dem Abgeordneten Kiepert Anlaß zu der Frage, wie weit die Verhandlungen wegen Einführung des Siemens-Halske'schen Controlapparates gediehen seien.

Präsident Delbrück bedauert aus Mangel an Kenntniß hierüber nicht Auskunft geben zu können, da er aus der Tagesordnung nicht habe ersehen können, daß dieser Gegenstand zur Sprache gelangen werde.

Abg. v. Kardorff hält die Herstellung eines Apparates, der gleichzeitig die Quantität, die Hochgradigkeit und die Temperatur des Spiritus angiebt, für eine technische Unmöglichkeit. Schon deshalb sei die Fabrikatsteuer für Branntwein undurchführbar; aber auch materiell sei sie zu verwerfen, da sie die Landwirtschaften mit leichtem Boden, welche Spiritus fabriciren, nothwendig ruiniren müsse. Dringend empfiehlt der Redner in höherem Maße wie bisher, eine Vergütung der Steuer für den zu technischen Zwecken verwendeten Spiritus zu gewähren, dessen Denaturirung in größeren Depots unter Aufsicht der Steuerbeamten, wie sie in England geschieht, gar keine Schwierigkeit habe.

In Betrug auf die betreffende Position selbst tritt das Haus dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung bei

Hierauf folgt die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1876, welche mit einer allgemeinen Debatte beginnt.

Abg. v. Minnigerode: Das Budget, wie es in zweiter Lesung aus der Beschußfassung des hohen Hauses hervorgegangen ist, ist meiner Partei ein wenig sympathisches, obwohl wir verzichtet haben, unseren Widerspruch im Einzelnen zu begründen. Die Absicht, die Gesammtziffer des Budgets herabzumindern, um neue Steuern zu vermeiden, haben Sie einerseits durch die möglichste Beschränkung der Ausgaben, andererseits durch die Erhöhung der Einnahmen zu erreichen versucht. Ersparnisse in den Ausgaben suchten Sie zunächst beim Militäretat zu machen. Auf die Controverse in Bezug auf die sächsische Kaserne lege ich im Sinne des Budgets keinen Werth. Obwohl wir das sachliche Bedürfniß der Landwehrmajore anerkannt haben, so haben wir uns doch den Beschlüssen der Majorität angeschlossen, weil uns die Form dieser Forderung, brauchbare Führerkräfte für die Landwehrbataillone durch Verquickung mit den Bezirkscommandeuren zu schaffen, nicht annehmbar erschien. Viele Herren würden, wenn die Regierung in einer geeigneteren Form dasselbe begehrte, diese Forderung bewilligen. Anders war unsere Stellung zu den Streichungen der Commission im Marineetat, die Regierung hatte durch die etatsmäßige Einstellung von 17 Millionen aus den Ersparnissen alles Mögliche gethan, zumal die Bedürfnisse der Marine in unserem Etat keineswegs befriedigt sind und in anderer Weise aufgebracht werden müssen. Von dem Betriebsfond der Reichskasse 500,000 Mark und von der Marine- und Telegraphen-Anleihe den gleichen Betrag als Zinsen für die Schatzanweisungen abzusetzen, haben wir abgelehnt. Nach dem Beschlusse des Hauses würden in Zukunft überhaupt nur noch 40,000 M. für derartige Zinsen der Schatzanweisungen in dem Betriebsfonds der Reichskasse zur Verfügung sein, eine Summe, die nicht zu genügen scheint, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die Zinsen der bisher belegten Reichsfonds, die demnächst zur Verwendung kommen sollen, naturgemäß von Jahr zu Jahr zusammenschrumpfen. Wir hatten um so mehr Bedenken in diese Absetzung zu willigen, weil dieser Posten wesentlich den Charakter eines Durchgangspostens trägt. In Bezug auf die Anleihe für Marine- und Telegraphenzwecke und die Verzinsung der betreffenden Schatzanweisungen hatten wir um so mehr Bedenken, da eine Ersparniß sehr zweifelhaft ist.

Ich wende mich nun zu den Versuchen, höhere Einnahmen zu erzielen. In der ersten Lesung bemerkte ich, daß unsere wirthschaftliche Lage lediglich in der überstürzenden beruht, in der unsere wirthschaftliche Entwickelung Ende der 50er Jahre stattgefunden hat und hatte exemplificirt auf das Actiengesetz. Damals that der Herr Abg. Lasker eine Aeußerung, die in jedem einzelnen Theile nicht richtig ist. Ich bedauere, daß der Herr Abg. Lasker ein persönliches Moment hineingeworfen hat, daß er die conservative Partei damit gebrandmarkt hat, daß er Allusionen auf die bekannten Gründerverhältnisse macht. Ich würde mich sehr freuen, wenn das bekannte Rechtlichkeitsgefühl des Herrn Abg. Lasker ihm Gelegenheit gäbe, seine Aeußerung richtig zu stellen. — Die Budgetcommission hat ferner versucht, die Einnahmen dadurch zu vergrößern, daß sie auch einen höheren Münzgewinn eingestellt, eine Maßregel, die meine Freunde und ich für sehr unzweckmäßig halten. Zwei anderen Vorschlägen der Commission, die Zinsen aus dem Reichsfestungsbaufonds mit mehr als 360,000 M. und aus dem Reichseisenbahnbaufonds mit mehr als 600,000 M. in den Etat einzustellen, haben wir uns angeschlossen, wie auch dem Vorschlage, die Zinsen der französischen Kriegskostenentschädigung für 1875 mit 3 Millionen einzustellen. Eine Finanzmaßregel dagegen, die eine große Tragweite hat, nämlich die Ueberschüsse des letzten Jahres schon im nächsten Etat einzufügen, hat unsere Zustimmung nicht erhalten. Das Haus hat nach dem Vorschlage der Commission aus den Ueberschüssen von 1875 wieder zwei Millionen eingefügt. Gegen eine gleiche Maßregel haben wir schon im vorigen Jahre gestimmt, welche bei dem mäßigen Ueberschuß für 1877 doppelt mißlich erscheint, da sie uns bei der Aufstellung des nächstjährigen Budgets empfindlich fehlen werden. Die Commission hat die höheren Steuern formell durch die Erhöhung der Matricularbeiträge um ⅔ Millionen beseitigt. Ich habe mich nicht wundern können, da die bewußte Absicht auf der liberalen Seite ja gleich bei der ersten Lesung ausgesprochen war und auch die Stellung die zu sein scheint, als ob man nach der letzten Gefechtsstellung mit Gewehr bei Fuß steht und sich der liberalen Partei angeschlossen hat.

Ebenso hat sich die Reichspartei, die Partei der vollendeten Thatsachen den großen Majoritäten anschließen müssen. Wir haben trotz der Finanzoperation der Budgetcommission für die Börsensteuer gestimmt und werden dafür stimmen, so lange wir Matricularbeiträge haben, während nur eine finanzielle Krisis eine neue Brausteuer gerechtfertigt hätte. Ich freue mich, daß auch der Reichskanzler in der Hauptsache die Finanzauffassung vertreten hat, welche wir stets zu der unsrigen gemacht haben. Dieser Gedanke wurde durch die Rede eines nationalliberalen Abgeordneten in erster Lesung angeregt, wonach es einzig richtig wäre, Steuern der Einzelstaaten auf das Reich zu übertragen. Ich führte damals aus, man müsse unabhängig von den Budgets der Einzelstaaten neue Reichssteuern schaffen. Fast wörtlich dasselbe hat der Reichskanzler gesagt. Wir würden auf die Vorschläge der Commission viel leichteren Herzens eingegangen sein, wenn auf das Jahr 1876 nicht das Jahr 1877 und weitere Jahre folgten. (Sehr richtig!) Ja, meine Herren, das sind Thatsachen (Heiterkeit), die sehr banal klingen, aber die ich berücksichtigen möchte. Wir werden für das Jahr 1877 etwa 5 Millionen Mark Ueberschüsse haben. Ein junges Reich hat nun jährlich neue Ausgaben, denen wir in den Einnahmen folgen müssen. Der Präsident des Reichskanzleramts hat sich sehr reservirt, fast ablehnend den Vorschlägen der Commission gegenüber ausgesprochen. Ganz natürlich, weil ein Streit auf finanziellem Gebiete sehr verhängnißvoll sein würde. Auch gilt ein Budget ja nur für ein Jahr, nach dessen Verlaufe man sich über die Folgen der Finanzpolitik klar wird; die Folgen sind also nicht so schlimm. Wir werden also praktische Politik treiben und das Gesammtbudget nicht ablehnen, wir werden aber der Majorität die Verantwortung für die einschneidenden Aenderungen des Budgets überlassen, denn einen solchen Nothbehelf nennen wir nicht Finanzpolitik.

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren, ich habe kein Bedürfniß, die gesammte Etatsverhandlung heute zu recapituliren, nur gegen eine Voraussetzung will ich mich verwahren. Wir haben die Landwehrbezirks-, die activen Stabsoffiziere als Landwehrbezirkscommandeure abgelehnt nicht wegen der Verquickung der Vermehrung der Stabsoffiziere mit der Landwehrbezirks-Verwaltung, sondern weil wir überhaupt eine Vermehrung der activen Offiziere nicht für gerechtfertigt halten. Ich würde der Rede des Vorredners meinen vollen Beifall schenken, wenn er sie nicht heute, sondern erst am Montag, nicht hier, sondern auf dem Lande vor seinen Wählern gehalten hätte, wo sie auf solche Wähler, die den gesammten hiesigen Verhandlungen nicht gefolgt sind, wohl Eindruck machen könnte. Für mich hat die Rede wesentlich nur ein pathologisches Interesse (Heiterkeit), sie ist nur ein Beweis der tiefen Niedergeschlagenheit, welche sich der conservativen Partei darüber bemächtigt hat, daß auch in diesem Jahre ihr Programm „neue Steuern unter allen Umständen" wiederum nicht in Erfüllung gegangen ist, daß sie auch jetzt nicht im Stande ist, ihren Wählern zum Weihnachtsangebinde eine Vermehrung der Lasten, sei es Erhöhung der Matricularbeiträge oder neue Steuern zu geben. (Heiterkeit.) Indessen, meine Herren, lassen Sie Sich doch nicht zu sehr von dieser Niedergeschlagenheit bemächtigen, trösten Sie Sich doch mit der Zukunft, mit der Aussicht auf die nächsten Wahlen. Nachdem hier von anderen Seiten Wahlreden gehalten sind, haben Sie einige Aussicht, daß Ihr politisches Wahlprogramm in den Herzen aller Landräthe, Kreis-Secretäre und Gendarmen neu belebt und gekräftigt wird. (Heiterkeit.) Vielleicht ermöglicht Ihnen auch diese Aussicht, vergnügte Feiertage zu feiern. Zum neuen Jahre aber wünsche ich, daß der conservativen Partei im Hause ein so frischer, fröhlicher, freier und mit den Thatsachen so gänzlich unbekannter Vorkämpfer, wie Herr v. Minnigerode, noch lange erhalten bleibe. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Rickert: Auch ich bedauere, daß Herr v. Minnigerode jetzt in der dritten Lesung, nachdem Präsident Delbrück ausdrücklich die Erklärung abgegeben hat, es lasse sich mit dem Budget, wie es in zweiter Lesung festgestellt worden sei, eine geordnete Finanzverwaltung führen, die Beschlüsse dieses hohen Hauses in einer Weise angreift, die nur beweist, daß er in Bezug auf die Details dieser Beschlüsse in keiner Weise unterrichtet ist. Ich verzichte, auf alle Einzelnheiten einzugehen, bin aber erbötig, Herrn v. Minnigerode privatim den Nachweis zu liefern, daß er die Beschlüsse der Budget-Commission und die später erfolgten des Hauses nicht richtig verstanden und daß er von der Tragweite der in diesen Beschlüssen liegenden Finanzpolitik eine ganz unrichtige Auffassung hat. Herr v. Minnigerode hat gesagt, die Bestände, die wir in diesen Etat aufgenommen haben, seien da, es werde aber eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr da sein werden. Diese Behauptung ist nicht neu und vollkommen richtig, die Commission hat das gewußt und das Haus auch. Die Bestände, die da sind, sind aber dazu da, damit sie verbraucht werden. Man erhebt nicht neue Steuern, um mehr Bestände zu machen und eine solche Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft nicht treiben. Dem Programm des Herrn v. M. stelle ich das unsrige entgegen: Im vorigen Jahre haben Sie uns insbesondere Herr v. M. sich lebhaft dafür interessirt, daß die Matricularbeiträge um 25½ Millionen Mark erhöht wurden. Meine Herren, die Majorität des Hauses hat den Nachweis geliefert, daß eine solche Erhöhung nicht nothwendig war und die Finanzverwaltung ist auch ohne diese Erhöhung geführt worden. Nun, m. H., wenn Sie damals die Erhöhung angenommen hätten unter der ausdrücklich ausgesprochenen Voraussetzung, daß das das bleibende Niveau sein sollte, sind Sie der Meinung, es hätten sich dann nicht die entsprechenden Ausgaben im Etat für 1876 gefunden und wir wären für 1876 von der Höhe der Matricularbeiträge heruntergegangen? Sie hätten eine dauernde Erhöhung um 25½ Millionen herbeigeführt, die wir verhütet haben.

Die Finanzpolitik dieses Jahres, die Herr v. M. vertreten hat, war die: dieselbe Höhe der Matricularbeiträge und 16 Mill. neue Steuern (hört! hört!). Die Mehrheit dieses Hauses hat im Einverständniß mit der Budgetcommission den Nachweis geführt, daß diese neuen Steuern nicht nothwendig sind und daß wir mit denselben Matricularbeiträgen in derselben Höhe auskommen. Meine Herren, ich glaube, die Thatsachen sprechen deutlich genug, und das Land wird es auch zu beurtheilen verstehen. Wenn Herr v. Minnigerode sagt, auf das Jahr 1876 folgt das Jahr 1877, so ist das auch richtig und absolut unbezweifelbar. (Große Heiterkeit.) Aber, meine Herren, das Jahr 1877 wird seine Sorge für sich haben, und ich meine, daß die Budgetcommission und mit ihr das hohe Haus sehr vorsichtig gewesen ist, daß es die Ueberschüsse des laufenden Jahres, wozu es vollständig berechtigt war, nicht einmal angegriffen hat. Machen Sie doch immer Ihre düsteren Prophezeihungen weiter. Sie haben im vorigen Jahre gesagt, das Deficit dieses Jahres würde größer sein. Was haben wir gesehen? Das Deficit war kleiner, aus 25½ Millionen sind 16 Millionen geworden. Wir werden uns im nächsten Jahre sprechen, ob Ihre Prophezeihungen richtig sind. Zu einer Finanzpolitik, die im Jahre 1876 neue Steuern erheben will, um den Etat des Jahres 1877 zu balanciren, werden wir auf dieser Seite uns nun und nimmermehr verstehen. (Zustimmung.) Wir erheben im laufenden Jahr die Steuern, welche zur Erfüllung der Aufgaben desselben nothwendig sind, und diese Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft treiben, und ich habe die Hoffnung, daß die Bewohner des Deutschen Reiches mit dieser Finanzpolitik einverstanden sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lasker: M. H.: Nachdem die financielle Seite des Programms des Abgeordneten von Minnigerode von den beiden Abgeordneten auf unserer Seite nach Verdienst gewürdigt worden ist, bleibt mir nur noch übrig, über den wirthschaftlichen Theil ein Wort zu sprechen. Der Abg. von Minnigerode hat mir in einem Punkte einen Dienst geleistet, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Er hat eine Angelegenheit zur Sprache gebracht, von der er behauptet, daß sie in den Kreisen seiner politischen Freunde unangenehme Gefühle hervorgerufen habe. Es hat mir wirklich fern gelegen, einen solchen Erfolg herbeizuführen. Herr von Minnigerode übersieht, daß er in der ersten Berathung des Etats nicht blos über das Actiengesetz gesprochen, sondern die liberale Partei wegen der ganzen wirthschaftlichen Gesetzgebung seit den sechziger Jahren bis heute angegriffen hat, auf welche nach seiner Behauptung die schlimme Lage im Lande zurückzuführen ist. Ob es nöthig war, bei Gelegenheit der Budgetberathung eine derartige Partei-Politik in den Vordergrund zu stellen, lasse ich für jetzt unkritisirt. Auch meine Meinung ist es, daß die Behandlung der Landesangelegenheiten gewinnt, wenn man sie auf das sachliche Gebiet beschränkt und nicht die Absicht damit verbindet, nach außen hin gegen eine Partei zu wirken und sie vor dem Volke zu schmähen. Ich erkenne an, daß wenn ich mich hineinziehen lasse, diesen Weg zu betreten, auch ich nicht richtig verfahre. Aber wir Redner können hier unsere Worte nicht immer genau abzirkeln, sondern müssen auf einen Angriff in einer Weise antworten, die denselben zurückweisen soll, wobei es allerdings möglich ist, daß man mit dem einen oder anderen Worte allerdings die Grenze überschreitet, die besser einzuhalten gewesen wäre. Das Haus wird mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Provocation des Führers eines Theils der conservativen Partei, der die Liberalen beschuldigte, durch ihre wirthschaftliche Politik die gegenwärtige Lage verschuldet zu haben, nicht unwiderlegt bleiben konnte. Ich bin nun bei der Betrachtung der wirthschaftlichen Verhältnisse noch objectiv weiter gegangen, indem ich gesagt habe, nicht die wirthschaftlichen Gesetze mit Ausnahme des Actiengesetzes hätten die Lage verschuldet, sondern das Verhalten außerhalb der gesetzgeberischen Kreise und die tolle Ueberspeculation, welche ich eine schwindelhafte nannte, und als ich dann hinzufügte, in allen Kreisen sei gesündigt worden, insbesondere auch in den conservativen — so bekenne ich offen, daß dieser Zusatz besser unterblieben wäre.

Ich habe ihn nur ausgesprochen, weil ich die Insinuation zurückweisen wollte, daß die liberale Partei allein mit Recht beschuldigt werde für Dinge, die durch ein Zusammenwirken vieler Umstände herbeigeführt sind. Ich erkenne an, daß wo ein Volksvertreter die Pflicht hat, Dinge zu tadeln, welche außerhalb dieses Hauses vorgehen, er nicht eine Partei für das Benehmen einzelner Mitglieder derselben verantwortlich machen soll. Ich weiß, daß wenn es sich um Eigennutz handelt, es kein Privilegium irgend eines politischen Bekenntnisses ist, sich gegen die Anlockungen auf der richtigen Grenze zu halten. Ich gebe zu, daß jedes meiner Worte, welches die Meinung hervorrufen könnte, daß ich eine besondere politische Partei für das Verhalten einzelner Mitglieder verantwortlich mache, nicht meiner Absicht entsprochen hat. Ich hoffe, man wird auch in Zukunft einsehen, daß mein Bestreben dahin geht, Dinge, die im öffentlichen Interesse gesagt werden müssen, nicht zu verbittern durch einen Zusatz von persönlichen Angriffen, die persönliche Gereiztheit hervorrufen müssen. So viel war ich heute schuldig, dem Abgeordneten v. Minnigerode zu erwidern.

Präsident Delbrück: Meine Herren, ich will nicht in die eben geführte Discussion nach der einen oder andern Seite hin eintreten. Ich habe nur die Verpflichtung zu erklären, daß nachdem das Haus durch die Beschlüsse der zweiten Lesung die Anträge der Budgetcommission angenommen hat, der Bundesrath über seine Stellung zu diesen Beschlüssen in Berathung getreten ist und ich das Ergebniß dieser Berathung kurz dahin bezeichnen kann, daß der Bundesrath derjenigen Auffassung beigetreten ist, welche ich bei der zweiten Lesung als die der Reichsfinanzverwaltung mitgetheilt habe.

Die allgemeine Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abgeordneter v. Minnigerode: Der Abgeordnete Richter hat bedauert, daß ich meine Ausführungen nicht erst am Montage gemacht habe. Ich erkläre dem gegenüber, daß ich mit Rücksicht auf diese Auffassung schon heute nicht für ihn gesprochen habe und daß seine oratorischen Gewohnheiten nicht immer die meinigen sind.

In der Specialdebatte der fortdauernden Ausgaben ergreift bei dem Etat des Reichskanzleramtes das Wort der Abg. Zinn: Die Summe von 48,000 M. für das Reichsgesundheitsamt ist eine viel zu geringe, im Vergleich mit den Aufwänden anderer Staaten für diesen Zweck eine verschwindend kleine. Die Stadt Newyork giebt dafür jährlich allein 139,000 Dollars aus. Ich gebe allerdings zu, daß bei der Neuheit der Institution bei uns große Vorsicht geboten ist und will deshalb hier keinen Tadel aussprechen. An der Spitze des Reichsgesundheitsamtes muß ein Arzt und nicht ein Verwaltungsbeamter stehen, ich halte einen solchen in diesem Amt überhaupt für überflüssig. Man will Sachverständige aus den einzelnen Staaten zu Berathungen einberufen; ich gebe zu erwägen, ob es nicht besser wäre, auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen, vier außerordentliche Mitglieder zu ernennen, die zeitweilig einzuberufen wären. Die Gesetzgebung würde sich dann in consequenter und systematischer Weise entwickeln. Ich trete dem Wunsche des Abg. Sombart bei, in die Zahl der außerordentlichen Mitglieder einen Veterinärbeamten aufzunehmen, um solchen Zuständen ein Ende zu machen, wie sie im Jahre 1872 bestanden, wo die Landwirthe der östlichen Provinzen Preußens in totaler Unkenntniß darüber, daß die Grenze Ostfrieslands gegen Holland wegen der dort herrschenden Lungenseuche abgesperrt sei, Vieh von dort bezogen. Herr v. Schorlemer meinte, die Aerzte würden einen Veterinärbeamten nicht neben sich dulden. Die heutigen Aerzte sind nicht so zünftig, daß sie nicht einen tüchtigen Veterinärbeamten neben sich anerkennen sollten. Die Reichsämter müssen unabhängig und nicht blos Anhängsel der Ministerien, namentlich des preußischen sein. Diese Unabhängigkeit ist theilweise zu vermissen. Vom politischen Standpunkt aus wird die Entwickelung des Reichs und das Ansehen der Reichsbehörden schwer geschädigt, auch wenn nur der Anschein einer Abhängigkeit dieser Reichsämter von den preußischen Ministerien besteht; besonders gefährlich wäre dies bei dem Reichsgesundheitsamt. Ich möchte in dieser Beziehung den Reichskanzler und das Reichskanzleramt vor Preußen warnen.

Präsident Delbrück weist zur Beseitigung der zuletzt ausgesprochenen Befürchtungen des Vorredners darauf hin, daß das Reichsgesundheitsamt gerade aus dem fühlbaren Bedürfniß hervorgegangen sei, in dieser Beziehung eine eigene technische Behörde zu haben und sich vom preußischen Ministerium zu emancipiren.

Abg. Lasker: Während wir immer geneigt gewesen sind, die Regierung bei der Errichtung neuer Aemter zu unterstützen, sind wir uns dessen bewußt gewesen, daß die neuen deutschen Aemter nach ihrer Ausstattung keineswegs das sind, was wir uns unter solchen Aemtern vorstellten. (Sehr richtig!) Wir haben im vorigen Jahr auch bei Gelegenheit des Reichsjustizamtes gehört, daß es selbstständig und in einem Umfange ausgestattet werde, in welchem wir wirklich von einem Reichsjustizressort hätten sprechen können. Unsere Warnung ist nicht gehört worden. Die Probe auf das Exempel ist bereits gemacht, und ich glaube, daß diejenigen, welche den Gang der Justizgesetzgebung aufmerksam verfolgt haben, überzeugt sind, daß wir bis jetzt das starke Amt, das wir durch das selbstständige Reichsjustizamt haben erreichen wollen, nicht erreicht haben. (Sehr richtig! links.) Nur wenige in diesem Hause werden nicht fest überzeugt sein, daß die Einrichtung der heutigen deutschen Aemter rein provisorischer Natur ist und lediglich entsprechend den jetzigen zufälligen Umständen, wie sie durch eine mächtige Persönlichkeit an der Spitze der Regierung und der Verwaltung repräsentirt werden. (Sehr richtig!) Die größte Mehrheit des Hauses findet die wichtigste und ruhmvollste Aufgabe für den Leiter der deutschen Angelegenheit in diesem Augenblick in einer festen und starken Organisirung von deutschen Reichsämtern, welche zugleich das Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit, ja sogar die Verantwortlichkeit selbst haben. (Sehr richtig!), damit wir nicht

immer Bundesrath, Regierungen und Reichsämter und doch keine greifbare Person vor uns haben, welche faktisch die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen in der Lage ist. (Hört! hört! links.) Wir sind der Meinung gewesen, daß wir mit der Begründung solcher Aemter eben erst den Anfang machen und so lange noch ein Funken von Hoffnung in uns bleibt, daß die Reichsregierung selbst diese ruhmvolle Aufgabe aus eigener Initiative in Angriff nehmen wird, glauben wir uns noch einstweilen zurückhalten zu können, um selbst mit dieser Vervollkommnung des deutschen Reiches vorgehen zu können oder mindestens einen stärkeren Impuls zu geben, als dies durch Reden einiger Mitglieder im Hause der Fall sein kann. Wir nehmen auch jetzt den ersten schwachen Anfang in der Erwartung einer baldigen kräftigeren Organisation an. (Beifall.)

Bei dem Etat des **Auswärtigen Amts** verlangt das Wort Abg. **Sonnemann**: Was ich zu sagen habe, konnte ich erst heute vorbringen, da die betreffenden Actenstücke mir erst in den letzten Tagen zugegangen sind. Es handelt sich um das **deutsche Consulat in Nizza**. Es ist mir bekannt, daß dem Auswärtigen Amte verschiedene Beschwerden über die Thätigkeit des deutschen Consuls zu Nizza, eines Herrn **Schenking**, zugegangen sind; erstens allgemeine Beschwerden, unterzeichnet von einer großen Anzahl der dort lebenden Deutschen, und zweitens eine besondere Beschwerde über einen Fall, der in Nizza großes Aufsehen erregt hat und wiederholt vor den Gerichten verhandelt worden ist. Die Anklagen richten sich dahin, daß der deutsche Consul in Nizza seine dortige Stellung mißbrauche, um sich persönliche Vortheile zuzuwenden. Ich bin natürlich nicht in der Lage streng zu untersuchen, ob alle diese Beschwerden gerechtfertigt. Sie sind aber in Nizza so allgemein laut geworden, daß, nachdem sie, wie ich gehört, vom Auswärtigen Amte nicht beantwortet worden sind, es am Platze sein dürfte, sie im Reichstage zur Sprache zu bringen. Von vielen Fällen, die mir zur Kenntniß gekommen sind, will ich nur den einen erwähnen. Ein Deutscher, der dort mit seiner längst großjährigen Schwester lebte, verstarb und hinterließ eine ziemlich bedeutende Erbschaft. Nach den Gesetzen war das Einschreiten der Consuls nicht geboten, da die Schwester großjährig war, er hatte nur eine Beglaubigung auszustellen. Die Erbin oder vielmehr deren Vertreterin ließ die Bescheinigung durch den evangelischen Geistlichen in Nizza nachsuchen. So wie der Consul Nachricht vom Todesfalle erhalten hatte, ließ er sich die Erbschaft, statt die Beglaubigung zu ertheilen, aushändigen. Ich will nicht untersuchen, ob er dazu berechtigt war. Die Hauptsache ist, daß er für die Einkassirung der Erbschaft 997 Franken ferner an Spesen 116 Franken und an offiziellen Spesen noch 114 Franken liquidirte.

Auf die Beschwerde der Erbin kam die Sache vor die Gerichte, und es erklärte in der Verhandlung darüber der Staatsanwalt in Nizza: „Die Sache sei so delicater Natur, daß er in Verlegenheit wäre, dafür das richtige Wort zu finden, ohne daß dasselbe zugleich als eine Injurie für die Vertretung des Reichs jenseits des Rheins gedeutet werden könnte. Er beschränke sich darauf, anzudeuten, daß es scheine, der Consul habe neben seinem Consulat eine Art „Offizin" gehabt, wo man sehr theuer bezahle, und habe hier nicht als Consul, sondern als agent d'affaires gehandelt. Das Tribunal solle sich daher competent erklären und ihn zum Schadenersatz und in die Kosten verurtheilen." Das Gericht entschied demgemäß und der Consul wurde zu den Kosten und zu einem erheblichen Schadenersatz verurtheilt. Der Pastor Mader spricht in einem handschriftlichen Zeugnisse vom 21. November cr. sich ebenfalls sehr ungünstig über die Handlungen des Herrn Consuls in Geldangelegenheiten aus, daß derselbe jede derartige selbst nicht zu seiner Competenz gehörende Angelegenheit an sich reiße und zu seinem Nutzen ausbeute. Dagegen erklärt er, daß er zugleich mit der Anzeige von diesem Todesfall den Consul aufgefordert habe, sich um einen anderen schwerkranken Deutschen zu bekümmern, der im Hospital zu Nizza lag. Der Consul hat das nicht gethan; er hat zuerst gefragt, ob der Mann Vermögen habe; und als das verneint wurde, sich nicht um den Mann gekümmert. Auf andere Fälle will ich nicht eingehen. Die Papiere, die ich hier habe, stehen selbstverständlich dem Auswärtigen Amte zur Verfügung, da bereits anderweitige Anklagen an das Auswärtige Amt gelangt sind, möchte ich anfragen, ob das Auswärtige Amt gewillt ist, gegen den Consul Schenking eine Untersuchung einzuleiten, und falls dieselbe die Grundlosigkeit der erhobenen Anklagen ergeben sollte, werde ich das gern an dieser Stelle erklären.

Abg. Dr. **Braun**: Man sollte doch nicht die Gelegenheit der dritten Lesung dazu benutzen, um solchen subjectiven Empfindungen Ausdruck zu geben, die consequenter Weise dahin führen mußten, daß wir bei Gelegenheit der dritten Lesung sämmtliche Beschwerden gegen sämmtliche Reichsbehörden zu prüfen bereit sein müßten. Was von dem Vorgebrachten richtig, was unrichtig ist, wissen wir nicht. Wir befinden uns in dem gegenwärtigen Augenblick auch nicht in der Lage, diese Dinge zu untersuchen, und ich glaube auch nicht daß man in einem Augenblick, wo weder die Möglichkeit einer geregelten Verhandlung, noch das Vorhandensein eines Berichtes vorausgesetzt werden kann, in der Lage ist, dergleichen Anklagen zu erheben. Ich betrachte das, was unter dieser Zwangslage vorgetragen worden ist, für meine Person als nicht gesprochen.

Commissar Legationsrath **Goehring**: Obwohl ich der Bemerkung des Abg. Braun zustimme, kann ich mich doch nicht enthalten, auf die hier vorgebrachten Beschwerden zu antworten, die theils allgemeine, theils specielle sind. In ersterer Beziehung ist allerdings vor längerer Zeit eine Petition mehrerer in Nizza ansässigen Deutschen mit Beschwerden über einzelne theils amtliche, theils außeramtliche Handlungen des dortigen Consuls eingegangen. Die in Folge dessen eingetretenen Erörterungen im auswärtigen Amte sind noch nicht abgeschlossen, werden aber jedenfalls in der eingehendsten Weise fortgeführt werden. In Bezug auf den hier vorgebrachten speciellen Beschwerdepunkt werden, soweit sich Veranlassung bietet, ebenfalls vollständige Ermittelungen eintreten.

Bei dem **Militäretat** spricht Abg. **Liebknecht** gegen die Commandanturen, die, wie aus den Motiven deutlich herauszulesen sei, nur zu dem Zweck eingerichtet worden seien, um gelegentlich das Volk niederzuschießen. Der **Präsident** ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung und fordert ihn zweimal auf bei der Sache zu bleiben, widrigenfalls werde er das Haus befragen, ob Herrn L. das Wort zu entziehen sei. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß er es dem Hause und dem Reichskanzler getrost überlassen könne für seine Sache, den Socialismus, zu agitiren. Der **Präsident** bemerkt, daß er die angekündigte Frage an das Haus richten würde, wenn der Redner nicht bereits die Tribüne verlassen hätte.

Die Position, betreffend den Beitrag des Reiches zum Bau der **St. Gotthard-Bahn** veranlaßt den Abg. Dr. **Bamberger** zu folgenden Bemerkungen: Hoffentlich wird mich der Abg. Braun nicht tadeln, wenn ich noch in der dritten Lesung von dieser Sache spreche. Beiläufig will ich bemerken, daß ich im Gegensatz zu ihm das Recht des Hauses wahren möchte, alles irgendwie für die Geschäfte des Reiches wichtige, hier erforderlichen Falles auch in der dritten Berathung vorzubringen. Die Collegen werden es auch nicht übel nehmen, wenn man ihre Aufmerksamkeit ein Paar Minuten bei einem wirklich vorhandenen Interesse in Anspruch nimmt. Und wenn der Herr Commissar dem Abg. Braun beigepflichtet hat, so hat er das wohl nur in materieller Beziehung thun wollen. Denn in formaler Hinsicht ist es allein unsere Sache, zu bestimmen, was wir hier verhandeln wollen oder nicht. Schon in der zweiten Berathung hat der Abg. Elben auf den Stand des Baues der St. Gotthardbahn aufmerksam gemacht. Als er mit der Bemerkung schloß, er erwarte übers Jahr eine Beantwortung seiner Fragen, schwieg ich, weil ich annahm, es beruhe auf einer Verabredung mit den verbündeten Regierungen, daß im Augenblicke noch keine Antwort ergehen könne, und man durchkreuze mit einer sofortigen Erörterung den Zweck der Sache. Nachdem ich mich aber von der Unrichtigkeit dieser Annahme überzeugt habe, glaube ich doch, heute der Regierung Gelegenheit geben zu müssen, sich über diesen Gegenstand auszusprechen. Wir haben 1871 unter Erneuerung eines bereits vor dem Kriege mit der Schweiz und Italien angebahnten Abkommens der Gotthardbahn eine Subvention von 20 Millionen Franken zugesagt, wozu das Reich etwas über 8 Millionen beiträgt und die einzelnen Eisenbahnen Deutschlands den Rest. Im Ganzen war das Unternehmen auf 187 Millionen Franken berechnet. Davon sind 85 Millionen Franken überhaupt durch Subvention aufgebracht worden, das andere durch Actien und Schuldverschreibungen der Gesellschaft. Nun hat sich in letzter Zeit die Nachricht verbreitet, daß die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden. Es ist wahr, daß die Schweiz nicht die Verpflichtung übernommen hat, damit auszukommen. Aber ich glaube, es liegt doch eine sehr starke moralische Verpflichtung der Regierung vor, auf das äußerste dahin zu wirken, daß die vorgesehenen Mittel auch ausreichen, oder wenigstens die Durchführung in einer Weise zu bewirken, daß die finanziell Betheiligten nicht geschädigt werden.

Das Deutsche Reich hat 8 Millionen Franken gegeben mit dem Anrechte auf eine nachträgliche Dividende, wenn mehr als 7 pCt. für die Actionäre herauskommen sollten, — und, wie ich gleich vorweg bemerke, mit sehr geringer Aussicht auf Rentabilität. Es hat auch die deutschen Eisenbahnen zur Mitwirkung veranlaßt, und auch diese, nehme ich an, machen sich keine Hoffnung auf Dividenden. Aber unleugbar war unter solchen Auspicien dem deutschen Publikum die finanzielle Betheiligung an diesem Unternehmen nahe gelegt und ihm eine Art Garantie damit gegeben war, daß die Sache nach allen Grundsätzen der Vorsicht so gestellt sei, daß diejenigen, die sich unter der Führung des Reichs betheiligen würden, nicht in ihren Interessen exponirt seien. Ich bin ein entschiedener Gegner der Theorien, welche wollen, daß die Staaten international Partei ergreifen für ihre Staatsangehörigen, wenn letztere im Auslande durch besondere Geschäfte in Verwicklungen wegen ihrer Geldinteressen gelangen. So sehr ich neulich dem Reichskanzler beistimmen mußte, daß da, wo ohne seine Schuld ein Deutscher gekränkt wird, die ganze Macht des Reichs nicht zu groß sei, um für ihn einzutreten — so wenig bekenne ich mich zu der Theorie, daß der Degen des Marschalls von Moltke zu Hilfe kommen solle, wenn ein Reichsangehöriger im Auslande 10 Procent mit seinem Gelde lieber verdient, als zu Hause 4 bis 5 Procent. Ich will also durchaus nicht den Satz plaidiren, daß, wenn die deutschen Capitalisten sich bemüßigt finden, ihr Geld in ausländischen Bahnen anzulegen, das Reich irgend eine Verpflichtung habe, für sie zu interveniren, damit sie keinen Schaden leiden. Aber unter den besonderen Umständen, denen gemäß doch zunächst einmal 8 Millionen Reichsgelder als Subvention gegeben wurden mit der deutlich bekundeten Aussicht, daß die betreffende Sache auch rechtzeitig zu Stande kommen werde, liegt eine Art Verpflichtung für das Reich vor, auf diplomatischem Wege dafür zu sorgen, daß nichts vernachlässigt werde, was irgendwie die unter seinen Auspicien eingetretenen Interessen vor Schaden bewahren kann, vor allen Dingen uns aber jetzt Auskunft über die Sachlage zu geben, ob in der That Gefahr ist, daß die Mittel nicht ausreichen, ob es wahr ist, daß sie in hohem Maße nicht ausreichen und die Bahn zur bestimmten Zeit nicht fertig werden wird.

Entgegen den umlaufenden ungünstigen Gerüchten haben alle meine Informationen das Resultat gehabt, daß mir die beruhigendsten Versicherungen aus guter Quelle geworden sind. Nach meiner an competenter Stelle eingeholten Erkundigung, welche freilich nicht so ganz sicher ist, wird die Summe nicht 30 bis 40, sondern 10 bis 12 Millionen betragen, welche ein Unternehmen, das 187 Millionen gekostet hat, ohne Schädigung der Hauptgläubiger sicher aufbringen können würde. Eine Verbesserung der Situation ist durch die Seitens der italienischen Regierung erfolgten Erwerbung der Alta Italia eingetreten, welche bisher den gemeinsamen Interessen gegenüber nicht correct verfahren ist. Der Bau dieser Bahn wird unter der Regie der italienischen Regierung einen ganz anderen Fortgang nehmen. Es ist allerdings ein gewisser Schade entstanden, indem eine zu einer Localbahn bestimmte Strecke als internationale Bahn doppelgeleisig, mit weniger Steigungen und Kurven theuer gebaut wurde. Sei dem, wie ihm wolle, ich stelle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen, daß sie uns einerseits womöglich recht genaue Auskunft über den dermaligen Stand der Dinge geben und andererseits ihren freundschaftlichen Einfluß auf die Schweizer Regierung benutzen möge, um auch für die Sicherstellung derjenigen Interessen zu sorgen, die unter ihren Auspizien sich an der Sache betheiligt haben. Wir haben ja keine befreundetere Regierung, als die der Schweiz, welche im Jahre 1870 auch eingeschüchtert werden sollte durch den dem deutschen Reiche zugeschriebenen ungeheuren Appetit, alle seine kleineren Grenznachbaren zu verzehren. Wenn irgendwo jene Verdächtigungen der besseren Einsicht und freundschaftlichen Gefühlen Platz gemacht haben, indem man sich sagt, das deutsche Reich sei groß genug, um mit seinen Stammesgenossen im Frieden zu leben, so ist dies in der Schweiz der Fall, so daß wir in freundschaftlicher Weise auch hier eine Berücksichtigung unserer Interessen erwarten können. (Beifall.)

Präsident **Delbrück**: Bekanntlich zerfällt das Gotthardtunternehmen in drei Theile, einmal der große Tunnel, sodann der Anschluß dieses Tunnels nach Süden, und drittens sein Anschluß an die schweizerischen Bahnen. Die Stellung der drei Regierungen, welche das Unternehmen subventionirt haben, ist verschieden. Die Schweiz als Territorialmacht hat die Aufsicht über das Ganze, Italien und Deutschland haben zunächst das Recht, sich von Jahr zu Jahr über die Fortschritte des Tunnelbaues zu vergewissern, wovon der Betrag der jährlichen Subvention abhängig ist. Bei der Revision im October dieses Jahres hat sich kein Grund für die Befürchtung ergeben, daß der Unternehmer nicht im Stande sein werde, innerhalb der contractlich übernommenen Zeit den Tunnel auszuführen, und daß die Kosten höher sein werden, als im Jahre 1869 veranschlagt sind. Was die beiden anderen Theile des Unternehmens anlangt, so wurde von der italienischen Regierung aus nahe liegenden Gründen ein besonderer Werth darauf gelegt, daß der Anschluß an das italienische Eisenbahnnetz möglichst rasch hergestellt werde. Es ist deshalb im Gotthardtvertrage vereinbart, daß diese Linie sofort in Angriff genommen wurde und die Gotthardtbahngesellschaft hat diese Linie in der festgesetzten Zeit ausgeführt. Ich glaube aber dabei bestätigen zu können, wenn mir auch die Zahlen nicht zu Gebote stehen, daß für dieses Stück der Linie die ursprünglichen Anschläge, wenn auch nicht in dem Maße, wie das vielfach in den Zeitungen behauptet worden ist, überschritten seien. Die Gotthardbahngesellschaft hat bei diesem Theil ihres Unternehmens insofern unter sehr ungünstigen Verhältnissen arbeiten müssen, als der Anschluß dieser von ihr zu bauenden Linie an die Linie der Alta Italia nicht innerhalb der vertragsmäßig festgesetzten Zeit erfolgt ist, daß also der Betrieb auf dieser Linie, da die nöthigen Anschlüsse fehlten, ein im Ganzen wenig gewinnbringender gewesen ist.

Auch ich bin überzeugt, daß die italienische Regierung nach Erwerbung der Alta Italia der Schwierigkeiten Herr werden wird, welche diese Bahn angeblich verhindern, zur vertragsmäßigen Zeit Anschluß zu erreichen. Die nördliche Verbindungslinie des Gotthardtunnels mit den schweizerischen Bahnen ist nach dem Vertrage staffelförmig zu verschiedenen Endterminen, welche von der Fertigstellung des Tunnels abhängig sind, auszuführen. Da die vorgeschriebenen Fristen noch nicht eingetreten sind, so ist diese Linie noch nicht begonnen und meines Wissens noch nicht speciell veranschlagt worden. Es haben in der letzten Zeit in der Schweiz Untersuchungen nach einer billigeren Trace als die im ersten Projecte veranschlagte stattgefunden, welche Aussicht auf Erfolg haben. Eine bestimmte Antwort über den etwaigen Mehraufwand für die nördliche Linie kann erst nach der speciellen Veranschlagung derselben ertheilt werden, wobei man natürlich möglichst innerhalb der Grenzen der ersten Veranschlagung bleiben wird. Denn möglichste Wohlfeilheit liegt im Interesse der ausführenden Gesellschaft. Zu einer Intervention Deutschlands bei der Schweiz ist unter diesen Umständen zur Zeit noch gar keine Veranlassung vorhanden.

Abg. **Braun**: Ich habe nicht den Mitgliedern das Recht bestritten, bei der dritten Lesung Bemerkungen zu machen, sondern nur zu erwägen gegeben, ob es zweckmäßig sei, Anklagen dieser Art, die im Augenblick nicht discutirbar seien, zu erheben. Wahrscheinlich hat der Abg. Bamberger, als er mich mißverstanden, schon viel mehr an den großen Gotthard als an meine Wenigkeit gedacht.

Bei dem Etat der **Post- und Telegraphen-Verwaltung** erwiedert auf eine Anfrage wegen eines neu zu errichtenden Postgebäudes in Darmstadt der **Generalpostmeister**: Das Bedürfniß, ein neues Postgebäude in Darmstadt zu errichten, wird von uns vollkommen anerkannt. Es sind bereits Grundstücke zu diesem Behufe angekauft und ein Bauplan aufgestellt worden, und wird die betreffende Kostenforderung im nächstjährigen Etat erscheinen.

Bei den Einnahmen aus **Zöllen und Verbrauchssteuern** bemerkt Abg. v. **Kardorff**: Der Präsident des Reichskanzleramtes hat bei Berathung der Petitionen wegen der Eisenzölle die Verantwortung für die Maßregel der Aufhebung der Zölle dem Reichstage zugeschoben. Ich kann dies in so fern nicht für richtig anerkennen, als doch die verbündeten Regierungen und das Reichskanzleramt durch ihre ohne jede dringende Veranlassung aus eigener Initiative eingebrachte ursprüngliche Vorlage einen Haupttheil dieser Verantwortung auf sich genommen hat.

Präsident **Delbrück**: Ich muß entschieden constatiren, daß es mir völlig fern gelegen hat, die Verantwortung für den gegenwärtigen oder zukünftigen Bestand unserer Eisenzölle von mir ab und dem Reichstage zuzuschieben. Es ist das ein Mißverständniß, zu welchem vielleicht meine Aeußerung über den ungünstigen Umstand Anlaß gab, daß die Aufhebung der Eisenzölle mit der Aufhebung der Handelsverträge zusammenfalle. Für diesen zufälligen Umstand, habe ich gesagt, treffe die Verantwortung nicht uns, sondern den Reichstag. Im Uebrigen ist es mir nicht in den Sinn gekommen, für die Reform selbst die Verantwortung der verbündeten Regierungen abzulehnen.

Zu den **Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung** erklärt der **Generalpostmeister**: Bei der zweiten Etatsberathung konnte ich auf eine Anfrage wegen Feststellung des neuen Telegraphentarifs eine specielle Auskunft nicht geben, da die Entscheidung darüber noch nicht erfolgt war. Dieselbe hat inzwischen stattgefunden und ich halte es für meine Pflicht, bevor die Mitglieder des Hauses für einige Zeit sich trennen, darüber Mittheilung machen. Der neue Tarif beruht auf dem Princip der Beseitigung jedes Distanz-Unterschiedes und der Aufstellung der Taxe auf Grundlage der einzelnen Worte. Was die Sätze betrifft, so hat man sich noch nach reiflicher Erwägung aller einschlagenden Verhältnisse dafür entschieden, eine Grund-Taxe von 20 Pfennigen für jedes Telegramm und sodann eine Worttaxe von 5 Pfennigen für jedes einzelne Wort einzuführen. Der Einfluß, den dieser neue Tarif auf die financielle Lage haben wird, läßt sich noch in keiner Weise vorhersehen; es ist deshalb durchaus nur angemessen, in dem Etat irgend welche Veränderung aus Anlaß des neuen Tarifs nicht vorzunehmen. Jedenfalls werden die Erfahrungen im Laufe dieses Jahres ausreichen, um über den Werth des neuen Tarifs in financieller, sowie in Hinsicht des Verkehrs entscheiden zu können. Das Vertrauen besteht, daß diese Erfolge gute sein werden, wenn auch eine sichere Garantie dafür nicht übernommen werden kann.

Abg. **Reimer** bringt die hilfsbedürftige Lage der unteren Postbeamten, insbesondere der Briefträger in Altona zur Sprache. Dieselben haben dort von 6 Uhr früh bis Abends 10 Uhr Dienst, und da die Einrichtung getroffen ist, daß ihnen nur alle 14 Tage ein freier Tag bewilligt ist, so müssen sie auch des Sonntags von früh bis spät Briefe austragen, und die eine Hälfte muß die schwere Arbeit für die an diesem Tage beurlaubte andere Hälfte mit übernehmen und sich also gerade am Sonntag doppelt quälen. Das ist doch eine nicht zu rechtfertigende Ausbeutung der Arbeitskraft der ohnedies schwer geplagten Beamten, und man kann sich nicht wundern, wenn in Folge dessen Siechthum und Schwindsucht unter ihnen herrschen.

Der **Generalpostmeister**: Wir haben im deutschen Reich 19,000 Briefträger und man kann unmöglich von mir verlangen, daß ich von jedem einzelnen wisse, wie viel Dienststunden er täglich hat und wie in jedem Postbüreau an jedem Ort die Arbeit vertheilt ist. Der Vorredner hätte sich, um wirkliche Abhilfe für die Betreffenden zu schaffen, an die zustehende Provinzialbehörde wenden müssen, die Zunächst allein competent ist, diese Frage zu regeln resp. Remedur eintreten zu lassen. Daß unter den Briefträgern Schwindsucht herrsche, ist mir in so fern neu und überraschend, als ich versichern kann, daß von allen Unterbeamtenstellen an der Post der Briefträgerdienst der allergesuchteste ist.

Abg. **Günther** (Sachsen): Ich habe mit herzlichem Bedauern gehört, daß die Befürchtung, die ich bei der zweiten Etatsberathung äußerte, daß der kleine Verkehr durch den neuen Tarif keinerlei Vortheil, sondern nur Nachtheil haben werde, sich im vollen Umfange bewahrheitet hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Durch diesen neuen Tarif wird wiederum der Großhandel vor dem Kleinhandel außerordentlich begünstigt (Sehr wahr!), und zwar in solchem Umfange, daß die ganz großen Häuser dadurch Ersparnisse machen können, welche dem Steuerbetrage ihrer Firmen gleich kommen. Dagegen wird der gesammte Kleinhandel und insbesondere die Landwirthschaft aufs Tiesste durch die Neuerung geschädigt, denn die Depeschen auf geringere Entfernung werden wesentlich vertheuert. (Zustimmung).

Abg. **Schmidt** (Stettin) hebt hervor, daß die Einführung des einheitlichen Brief- und Weltportosatzes ebensoviel und ebensowenig dem Großhandel allein zu Gute gekommen sei. Die genannte Veränderung habe der gesammten Bevölkerung, nicht einem einzelnen Verkehrskreise genützt. Auch die neue Maßregel, einem großen Grundsatze folgend, komme im deutschen Telegraphen-Gebiete zum ersten Male zur Anwendung, durch sie werde man die ganze Bevölkerung wie zur Benutzung des Briefes, so auch zum Gebrauch des Telegramms erzielen. Kurze Worttelegramme sind schon jetzt auf den submarinen Kabeln zur Geltung gekommen, durch kurze Telegramme werden die Linien entlastet und für die größere Benutzung freigemacht — man müsse sich gewöhnen, mit wenigen Worten recht viel auszusprechen — und sich vorher über den Sinn der Telegramme verständigen (la langue convenue, im internationalen Verkehr). Das Deutsche Reich gehe allen Culturstaaten mit dieser wichtigen Reform voran, ihre finanziellen Ergebnisse würden sich jedoch nicht in einem Jahre als maßgebend feststellen lassen und dazu würden Jahre gehören. Die kurzen billigen Telegramme bringen eine Ermäßigung der Gebühren, die längeren nicht. Die Reform würde im In- und Auslande Lob und Tadel wie im Reichstage finden, man müsse sie aber wagen, weil man sich in der **Richtung des Einheits- und Weltportos** vorwärts bewegt, wenn auch ein Unterschied nicht zu verkennen sei. Glückt die Maßregel nicht, so kann man ja Abhülfe treffen.

Abg. **Richter** (Hagen): Ich bedaure es lebhaft, daß uns über das neue Gebührensystem erst in diesem Jahre eine Mittheilung des Herrn Generalpostdirectors zugegangen ist, welche vielleicht nicht einmal von allen Mitgliedern des Hauses vollständig verstanden worden ist. (Zustimmung links.) Und es war nöthig, daß diese Mittheilung gemacht wurde, denn das gegenwärtige Gebührensystem ist die Grundlage des Etatansatzes und nach Abschluß desselben kann das Gebührensystem, soweit es dessen Voraussetzung ist, nicht mehr geändert werden. Formell ist also das Recht des Reichstages gewahrt, materiell aber sind wir insofern geschädigt, als es uns in diesem Augenblicke unmöglich ist, ein Urtheil darüber zu bilden, ob und in wieweit das neue Gebührensystem es rechtfertigen würde, andere Ansätze bei den Einnahmen der Telegraphenverwaltung vorzunehmen. Ich bedauere aber, die Aenderung auch aus folgendem Grunde: Bei der Briefbeförderung ist es gleichgiltig, ob der Brief auf einer größeren oder geringeren Strecke transportirt wird. Anders bei dem Telegramm. Eine erhebliche Vermehrung der Telegramme auf weite Entfernungen kann zur Folge haben, daß die Telegraphenlinien auf Kosten der Telegraphenverwaltung erheblich vermehrt werden. Einer solchen Vermehrung steht eine Verminderung der Einnahmen aus den Telegrammen auf weite Entfernungen gegenüber. Denn die Verwohlfeilung der Telegramme auf weite Entfernungen kommt nur dem Großhandel zu Gute, und auf der anderen Seite ist eine Vertheuerung der Telegramme auf kurze Entfernungen nicht zu verkennen, da ein Telegramm von 10 Worten auf 7½ Sgr. zu stehen kommt, gegen den bisherigen Preis von 5 Sgr. ein Aufschlag von 40 Procent. Und diese Telegramme dienen gerade dem kleinen Geschäftsverkehr. Nun kürzt das Telegramm gegen den Brief die Zeit nicht so erheblich auf kurzen Entfernungen als auf weiten Entfernungen. Es könnte daher wohl eine Abnahme der Aufgabe von Telegrammen auf kurze Entfernung die Folge sein. M. H., als man im norddeutschen Reichstage der Verwaltung das Recht concedirte, die Gebühren zu bestimmen, ging man von der Ansicht aus, daß es so möglich sein werde, Ermäßigungen rasch und ohne viel Umstände herbeizuführen. Jetzt wird dieses Recht zum ersten Male dazu benutzt, wenigstens für einen Theil der Telegramme die Gebühren zu erhöhen, ich bedauere daher sehr, daß wir nicht die Möglichkeit haben, das Gebührensystem einer eingehenden Kritik zu unterziehen.

Bei dem **Bankwesen** protestirt Abg. **Koch** (Braunschweig) gegen den Ausdruck „illoyal", mit welchem gestern der Abg. Rohland diejenigen Banken bezeichnet habe, die sich nicht dem Reichsbankgesetz unterworfen haben. Unter diesen Banken könne der Redner nur die Braunschweigische Bank gemeint haben. Die Bezeichnung sei aber ganz unzutreffend, denn die Bank habe nur ihr Recht gewahrt. Er möchte das Reichskanzleramt dringend bitten, die verbündeten Regierungen dahin zu instruiren, daß die schweren Maßregeln, mit denen die große preußische Bank ein kleines Institut, wie die braunschweigische, verfolgt, abbestellt werden und ein loyaleres Verfahren Platz greife.

Abg. **Rohland** bemerkt, er habe an die Braunschweigische Bank gar nicht denken können, weil er nicht gewußt habe, daß sie zu denen gehöre, die außerhalb des Bankgesetzes stehen wollen, sondern habe an eine sächsische Bank gedacht. An seiner gestrigen Darstellung und den von ihm gebrauchten Ausdrücken müsse er festhalten.

Inzwischen ist der Reichskanzler Fürst v. **Bismarck** in der Sitzung erschienen.

Der Reichshaushalts-Etat für 1876 wird dafür in allen seinen Theilen und im Ganzen, ebenso in dritter Berathung fast einstimmig **genehmigt**. Dem § 1 des Etatgesetzes wird auf Antrag des Abg. **Lasker** unter Zustimmung des Präsidenten Delbrück hinzugefügt: „Die Vertheilung der unter Kapitel 20 der Einnahme in einer Summe festgestellten Marticularbeiträge auf die einzelnen Bundesstaaten wird durch besonderes Gesetz geregelt."

Nachdem darauf der Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung des § 44 des Brausteuer-Gesetzes in dritter Berathung genehmigt und die allgemeine Rechnung über den Haushalt des Reichs für 1872 an die Rechnungs-Commission verwiesen ist, wird die Sitzung um 2¼ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch, 19. Januar 1876, Nachmittags 1 Uhr. (Interpellation Schulze, Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen im Jahre 1874, Petitionen u. s. w. Auf der Tages-Ordnung der nächsten Sitzung steht die Novelle zum Strafgesetz.

Berlin, 18. December. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat die Stadtrichter **Siemering** und **Hempel** in Königsberg i. Pr. und **Fritsch**, **Salomon** und **Beer** in Breslau zu Stadtgerichts-Räthen; den Stadt- und Kreisrichter **Schmid** in Danzig zum Stadt- und Kreisgerichts-Rath; den Commerz- und Admiralitätsrichter **Warkentin** in Königsberg i. Pr. zum Commerz- und Admiralitäts-Rath; und die Kreisrichter **Göritz** in Rössel, **Grünhagen** in Memel, **Fetschrien** in Hohenstein, **Raabe** in Neidenburg, **Kob** in Lötzen, **Fabian** in Tilsit, **Wagner** in Gumbinnen, **Heinrichs** in Marienwerder, Dr. **Gerhard** in Culm, **Wießner** in Jastrow, **Hutt** in Schwetz, **Martini** in Neuenburg, **Zenthöfer** in Culm, **Emmersleben** in Graudenz, **Blome** in Nakel, **Weißer** in Bromberg, **Henke** in Pleschen, **Sypniewski** in Rogasen, **Thiel** in Grätz, **Heinrich** in Ostrowo, **Wackermann** in Krotoschin, **Born** in Schmiedeberg i. Schles., **Alker** in Neumarkt, **Kreyher** in Namslau, **Libawski** in Brieg, **Gerlach** in Habelschwerdt, **Gebel** in Neumarkt, **Otto** in Jauer, **Laschinky** in Münsterberg, **Stache** in Trebnitz, **Strützki** in Görlitz, **Männel** in Grünberg, **Sattig** in Sprottau, **Schiller** in Seidenberg, **Schmula** in Leobschütz, **Schmula** in Oppeln, **Schneider** in Grottkau, **Philipp** in Ratibor, **Uschner** in Oppeln, **Feilbauer** in Neustadt OS, **Marski** in Kosel und **Wache** in Gleiwitz zu Kreisgerichts-Räthen ernannt.

Der bisherige Königliche Landbaumeister Hermann Eduard Gustav **Krause** hierselbst ist zum Königlichen Bau-Inspector ernannt und demselben eine Bau-Inspector-Stelle bei dem hiesigen Königlichen Polizei-Präsidium

verliehen worden. — Der bei der Ostbahn angestellte Königl. Eisenbahn-Baumeister Mappes zu Danzig ist in gleicher Eigenschaft nach Insterburg versetzt worden. — Den Herren Bède u. Co. zu Verviers in Belgien ist unter dem 15. December d. J. ein Patent auf einen Theilungs-Apparat an Streichgarn-Krempeln auf drei Jahre ertheilt worden.

[Bekanntmachung.] Auf Grund des § 36 des Bankgesetzes vom 14. März d. J. (R.-G.-Bl. S. 177) hat der Bundesrath beschlossen, daß die Zweiganstalten der preußischen Bank in Königsberg, Stettin, Posen, Breslau, Magdeburg, Hannover, Dortmund, Köln, Frankfurt a. M., Bremen, Leipzig, Mannheim und Straßburg im Elsaß vom 1. Januar 1876 ab im Reichsbankhauptstellen umzuwandeln, und daß außerdem in München, Stuttgart und Hamburg Reichsbankhauptstellen zu errichten sind. Ferner habe ich auf Grund des § 37 a. a. O. die Umwandlung der preußischen Bank-Comptoire in Münster und Danzig und der preußischen Bank-Commanditen in Aachen, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Karlsruhe, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Emden, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. O., Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle, Kiel, Landsberg a. W., Liegnitz, Mainz, Memel, Metz, Minden, Mülhausen i. E., Nordhausen, Osnabrück, Siegen, Stralsund, Thorn und Tilsit in Reichsbankstellen, sowie die Errichtung neuer Reichsbankstellen in Augsburg, Nürnberg, Gera und Lübeck beschlossen.

Ueber die Einrichtung, den Geschäftsbezirk und die Eröffnung der neu zu errichtenden Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen wird das Reichs-Bank-Directorium das Nähere bekannt machen. Berlin, den 17. Decbr. 1875.

Der Reichskanzler. v. Bismarck.

Das Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Consulat in Köln ist aufgehoben, und sind der Consul Philipp Overlack sowie der Vice-Consul Arthur Overlack ihrer Amtsfunctionen enthoben worden.

Berlin, 18. December. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute die Vorträge des Generalmajors von Albedyll und des Geheimen Cabinetsraths von Wilmowski entgegen und empfingen nach Schluß der Generalsynode den Präsidenten derselben, regierenden Grafen zu Stolberg-Wernigerode.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Magdalenenstift und das Krankenpflegerinnen-Asyl.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags die Meldung einiger höheren Militärs entgegen und empfing den Staats-Minister a. D. von Selchow, sowie den Kaiserlichen Botschafter in Paris, Fürsten zu Hohenlohe.

Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten ein größeres Diner von 38 Gedecken statt, zu welchem außer mehreren hochgestellten Persönlichkeiten vorzugsweise Mitglieder der Generalsynode eingeladen waren.

Abends 7½ Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit der Kronpinz die Vorstellung im Wallner-Theater. (Reichsanz.)

[S. M. S. „Augusta"] ist am 17. December cr. in Plymouth eingetroffen. An Bord Alles wohl. S. M. S. „Arcona" ist am 14. ds. Mts. von Plymouth nach Kiel in See gegangen. S. M. S. „Medusa" verließ am 11. September cr. die Rhede von Funchal, ging am 17. desselben Monats auf der Rhede von St. Vincents (Cap Verde-Inseln) zu Anker, um Kohlen und Proviant einzunehmen, verließ dieselbe am 21., ankerte am 27. im Hafen von Santos und traf am 14. November cr. in Montevideo ein.

Bonn, 17. December. [Preßproceß.] Am 11. November d. J. wurde vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte ein Proceß gegen die „Deutsche Reichs-Zeitung" verhandelt, welcher einen Artikel dieses Blattes über den „Reptilienfonds" zum Gegenstande hatte.

Die von der „Deutschen Reichs-Zeitung" geladenen Schutzzeugen, Herr Legationsrath Dr. Aegidi aus dem Auswärtigen Amte und Herr Reichstags-Abgeordneter Eugen Richter waren damals nicht erschienen, weshalb sie vom Gerichtshofe in eine Strafe von je 15 Mark genommen wurden, und die weitere Verhandlung der Sache auf den heutigen Tag festgesetzt ward.

Heute nun waren die genannten Herren indeß ebensowenig erschienen wie die ferner von der „Reichs-Zeitung" noch vorgeladenen Schutzzeugen Fürst Bismarck, Excellenz von Itzenplitz und Excellenz Graf Roon. Der Reichstags-Abgeordnete Richter ließ die Motive seines Nichterscheinens durch Herrn Advocat-Anwalt Wrede, und Legationsrath Aegidi die seinigen durch Herrn Advocat-Anwalt Bach geltend machen, während von den übrigen nicht Erschienenen ablehnende Schreiben bei der Staatsbehörde eingegangen waren, worin sie sich auf ihre amtliche Qualität beriefen.

Herr Adv.-Anwalt Bach führte die Gründe, warum Legationsrath Aegidi nicht erschienen, u. A. dahin aus, daß die Vorladung desselben nicht in der erforderlichen Weise stattgefunden habe, da nach dem Gesetz die Erlaubniß seines Vorgesetzten einzuholen sei, um ihm die Zeugnißablegung in der beregten Frage zu gestatten.

Herr Adv.-Anwalt Wrede machte für Eugen Richter geltend, daß dessen Pflichten als Reichstagsabgeordneter ihm nicht gestatteten, bei der Verhandlung zu erscheinen, da ihm die Möglichkeit nicht benommen werden dürfe, den Sitzungen des Hauses anzuwohnen, was durch die in der vorigen Gerichtsverhandlung verhängte Strafe und den daraus eventualiter resultirenden Personal-Arrest in Frage gestellt sei. Auch könne er nicht für seine Reden im Reichstage verantwortlich gemacht und zum Zeugniß über die Quellen seiner dort vorgebrachten Mittheilungen bezüglich des „Reptilien-Fonds" genöthigt werden, da eben sonst die verfassungsmäßig gewährleistete Redefreiheit der Reichstagsabgeordneten illusorisch gemacht werde.

Der Gerichtshof ließ bei der heutigen Verhandlung die Entschuldigungen der nicht Erschienenen vor der Hand gelten, schlug die beiden Strafen von je 15 Mark nieder und erkannte, daß zunächst ohne die genannten Schutzzeugen zur Sache verhandelt werden solle, wobei sich dann herausstellen werde, ob ihr Zeugniß nothwendig sei. Redacteur von Ayx und Verleger Hauptmann zogen sich zu einer Berathung zurück und ward schließlich die endgiltige Verhandlung auf kommenden Freitag verlegt.

Bernburg, 17. December. [Zur Katastrophe in Bremerhafen.] Das von Herrn Fuchs hier für Rechnung des Amerikaners Thomas angefertigte Uhrwerk bestand, wie dem „Bernb. Wochenblatte" mitgetheilt wird, aus einem Räderwerk, welches durch zwei starke Federn aufgezogen und in Bewegung gesetzt ward. Nach dem Aufziehen sollte dasselbe zehn Tage laufen und am 10. Tage einen Mechanismus auslösen, welcher aber vom Auftraggeber selbst angebracht werden sollte. Zu diesem Zwecke wurde an dem Werke eine Art Hebel mit starker Feder angebracht, welcher am zehnten Tage aus seiner angespannten Stellung zurückschlug und irgend etwas damit in Verbindung Gebrachtes auszulösen vermochte. Thomas erklärte sich von der Ausführung in hohem Grade zufrieden gestellt. Mit der verheißenen Nachbestellung auf weitere 20 Stück ließ er aber vergebens auf sich warten, bis die Trauerkunde aus Bremerhafen einlief, die es nur zu klar machte, welcher verbrecherischen Bestimmung jenes Werk dienen sollte. Herr Fuchs beeilte sich augenblicklich, in zwei ausführlichen brieflichen Mittheilungen der Justiz in Bremen all dies Material zur Verfügung zu stellen, worauf ihm vom dortigen Staatsanwalt telegraphisch die Ordre zugegangen ist, das noch vorhandene, in Wien gebaute Werk nach Bremerhafen zu befördern, was auch auf der Stelle geschehen ist. Der Amerikaner, der mehrere Male in Bernburg erschien, um sich nach dem Fortgange der Arbeit zu erkundigen, war ein Mann von noblem, imponirenden Aeußern und zeigte sich scheu und verschlossen, was er jedoch damit zu erläutern suchte, daß für ihn angeblich das Geheimniß einer wichtigen Erfindung und damit großer Gewinn oder Verlust auf dem Spiele stünde.

München, 17. December. [Der Regierungs-Präsident von Oberbaiern, Th. v. Zwehl] ist heute Morgen 8 Uhr im 76. Lebensjahre verschieden. Derselbe bekleidete früher die Stellen eines Ministers des Cultus und des Innern und war längere Zeit Regierungspräsident in Bayreuth und in Augsburg.

Oesterreich.

Wien, 18. December. [Die türkischen Reformen.] Die „Politische Correspondenz" bespricht das jüngste Reform-Irade des Sultans in einem längeren Artikel und findet die skeptische Auffassung dieses Irade Seitens der europäischen Presse vollkommen begreiflich, da das Irade wohl anerkennenswerthe Principien und Zugeständnisse enthalte, aber durchaus kein fertiges Gesetz sei; da ferner seit 20 Jahren alle Reformerlasse der Pforte todter Buchstabe geblieben seien und da das Irade vor Allem der gewünschten Garantien für seine Ausführung entbehre. Es könne den Mächten nur willkommen sein, daß die für nothwendig erkannten Reformen aus der Initiative der türkischen Regierung hervorgegangen seien. Die Schwierigkeiten aber, welche der Durchführung dieser Reformen entgegenstünden, könnten nur bewältigt werden, wenn die türkische Regierung im Einverständniß mit den Mächten, welche den Pariser Frieden unterzeichneten, wirken würde.

Pest, 18. Decbr. [In der heutigen Sitzung des Unterhauses] wurde der Handelsvertrag mit Rumänien ohne wesentliche Abänderung genehmigt. Sodann beantwortete der Ministerpräsident Tisza die bereits gemeldete Interpellation des Abg. Ernst Simonyi über die Absichten der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich einer Occupation von Theilen der insurgirten türkischen Provinzen. Der Minister erklärte, daß die ungarische Regierung bis jetzt keine Gelegenheit gehabt habe, einer solchen Maßregel ihre Zustimmung zu geben oder dieselbe zu verweigern. Im Uebrigen wirke der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten Europas dahin, durch die möglichst baldige Wiederherstellung des Friedens in den insurgirten türkischen Provinzen auch selbst die Möglichkeit einer Störung des europäischen Friedens zu beseitigen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 20. December. Angekommen: Se. Durchlaucht Hans Heinrich XI., Fürst von Pleß. (Fremdenbl.)

= [Niederschlesisch-Märk. Bahnhof.] Am 18. d. Mts. traf der Personenzug Nr. 29 mit einer Verspätung von einer Stunde und vier Min. hier ein. Veranlassung derselben war ein Achsreifenbruch an der Maschine in Kaiserswaldau.

μ [Umzug des Telegraphen-Amtes.] Der Umzug der Kaiserlichen Telegraphen-Station vom neuen Börsen-Gebäude nach dem Museums-Platze erfolgte gestern Abend nach Dienstschluß, d. h. um 9 Uhr. Es hatten sich dabei fast sämmtliche Beamte zu betheiligen. Die Apparat-Tische wurden durch Soldaten in das neue Gebäude geschafft und geschah dies mit einer solchen Pünktlichkeit, daß schon um 10½ Uhr auf sämmtlichen Leitungen im neuen Stations-Local gearbeitet wurde.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letzverflossenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: Als geboren 91 Kinder männlichen und 79 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 170 Kinder, wovon 29 außerehelich; als gestorben 68 männliche und 55 weibliche, zusammen 123 Personen incl. 3 todtgeborener Kinder.

** [Zu der Katastrophe in Bremerhafen.] Von befreundeter Seite geht dem „Ob. Anzeiger" folgender an eine in Ratibor wohnhafte Dame gerichteter Brief zu: „Bremerhafen, 15. December 1875. Geliebte Schwester! Wahrscheinlich wird doch auch bis zu Euch die Kunde gedrungen sein von dem gräßlichen Unglück, durch welches am vergangenen Sonnabend Vormittag beim Hinausgehen des Lloyddampfers „Mosel" unsere arme Stadt heimgesucht worden ist, und theile ich Dir mit, daß ich sowie von meiner Familie Niemand betroffen, ich wurde rein durch Zufall von dem Ort der Katastrophe ferngehalten. Das grenzenlose Unglück ist, trotzdem man seit Sonntag nichts als Leichenzüge zu sehen bekommt, noch gar nicht zu taxiren, denn es stellt sich heraus, daß man mit jedem Tage immer mehr Menschen vermißt, von denen man gar nicht ahnte, daß sie am Orte des Unglückes gewesen, und haben dieselben entweder aufs entsetzlichste verstümmelt ihren Untergang in der Weser gefunden, oder ihre Körper sind zu Atomen zerstäubt. Liebe Schwester, die Noth und das Elend kann ich Dir nicht auf diesem Blatte schildern, nicht allein, daß der Tod massenhaft in den höheren Kreisen gewüthet, er hat auch unter dem wenig bemittelten Stande eine sehr, sehr reiche Erndte gehalten. Wie viele Familienväter sind geraubt, wie viele Wittwen und ach, so mancher einzige Sohn, die Stütze seiner betagten Eltern. Ein College aus unserem Comptoir, ein Herr Lohmayer, auch der einzige Sohn seiner armen Eltern, auf den sie ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, wurde im Augenblicke, als er einer Expreßkiste nach Newyork noch Cours verschaffen wollte, von einem schweren Eisentheil zu Boden geschmettert. Wir alle sind sehr, sehr trübe gestimmt; soeben komme ich von der Beerdigung des Spediteurs Johann Philipp Etmer hierselbst zurück; in dessen Familie wurden 10 Personen von dem Schicksal heimgesucht. Die Familie war im Begriff, ihrem Sohne, welcher als Vertreter einer großen Firma in Bremen nach Mexico abreisen wollte, das Geleit zu geben, es kamen dabei um: der Vater, die Mutter, 2 Söhne, 2 Schwiegersöhne und der Bruder des einen Schwiegersohns; einer Tochter ist der rechte Arm amputirt, einer Schwester des Schwiegersohns das eine Bein, und eine Tochter, welche zurückgeblieben war, ist wahnsinnig geworden. 5 Leichenwagen hintereinander brachten sie heute 3 Uhr Nachmittags zur Ruhestätte. Doch genug von diesen Schilderungen, ich lasse Dir die betreffenden Zeitungen unter Kreuzband zugehen, aus welchen Du Näheres ersehen wirst. Gleichzeitig bitte ich Dich, falls sich in Deinem Orte milde Herzen regen sollten, um zur Linderung der Noth etwas beizutragen, dergleichen Gaben an den Consul der Niederlande, Herrn Eduard Ulrichs in Firma P. H. Ulrichs & Co. nach hier abzusenden. Inzwischen begrüßt Dich Dein Bruder ꝛc."

□ **Schön-Briese**, Kr. Oels, 19. Decbr. [Eine Bärenjagd.] Bei der der ersten Kunde davon, daß hierorts eine Bärenjagd abgehalten werden sollte, mag wohl Mancher ungläubig mit dem Kopf geschüttelt haben; doch hat die Erlegung zweier Bären gestern wirklich stattgefunden, und somit ist die Jagdgeschichte Schlesiens, um ein seit mehr als hundert Jahren nicht vorgekommenes Ereigniß bereichert worden. Es waren aber nur importirte Bären. Graf Kospoth auf Briese, ein gewaltiger Jäger, besaß einen so vorzüglichen Vorstehhund, der die Bewunderung aller Nimrodssöhne erregte. Ein Freund desselben, ein Graf Luckner wünschte dieses kostbare Thier zu besitzen; es war selbstverständlich seinem Herrn auch für die größte Summe nicht feil, doch wurde es schließlich dem Freunde geschenkt. Als Gegengabe übersandte nun Graf L. zwei Bären, die er jung angekauft, hatte auferziehen lassen. Die Erlegung fand in einer etwa 5 Hectar großen Kieferschonung statt. Dort war ein Behälter für die Bären erbaut worden. Ein Kreis von den zur Jagd geladenen Herren umgab den Bärenzwinger. Ein zweiter Kreis von Jägern umschloß die Lisière des Gehölzes, damit jeder Durchbruch der Thiere vereitelt werden könnte, die ärmsten dachten wohl kaum daran. Der erste wollte gar nicht herauskommen, er mußte erst von zwei Schäferhunden attaquirt werden, welche dann vor seinen Zornausbrüchen erschreckt flohen, kaum aus dem Zwinger herausgekommen, erhielt er durch Herrn von Rieben auf 15 Schritt Entfernung eine Kugel durch den Kopf und eine zweite gab ihm bald den Rest. Der zweite Bär kam aus dem Behältniß heraus und flüchtete auf einen Baum; heruntergescheucht, wollte er auf einen andern sich retten und wurde von [illegible] von Falkenhausen ins Blatt getroffen, worauf ein zweiter Schuß ihn ebenfalls fällte.

[Notizen aus der Provinz.] * **Brieg**. Das hiesige „Oderblatt" meldet: Dicht an der Stadt zeigt sich seltenes und scheues Jagdwild und hat gestern einem glücklichen Schützen kostbare Beute geliefert. Im Strome und auf dem Eise dicht an unserer großen Oderbrücke treiben sich Fischottern herum, welche aus ihren stillen Wasserlöchern (bei Garbendorf z. B.) und sonstigen Schlupfwinkeln todter Arme u. dergl. ihre Raub-Fischerei etwas dreist unserem löblichen alten Fischermittel sozusagen dicht vor die Augen gelegt haben. Fünf Stück sollen es sein, durch die hellen Mondnächte bis in den grauenden Morgen hinein soll ihnen von eifrigen Jägern schon aufgelauert, ein starkes Exemplar auch angeschossen worden sein, aber erst gestern Mittag 11 Uhr wurde eine andere das Opfer eines wohlgezielten Schusses von Förster Knappe, welcher die an der Brücke im hellen Sonnenschein auf dem Eise und in Gegenwart vieler Menschen sich bewegende Otter erlegte; sie tauchte zwar noch einmal in das Wasser, kam aber im Todeskampf bald wieder auf das Eis und verendete dort. Für den Pelz sollen 8 Thlr. geboten worden sein.

+ **Ratibor**. Wie der hiesige „Anzeiger" meldet, hat sich schon wieder in hiesiger Gegend eine Vergiftung durch Kohlenoxydgas zugetragen. Eine in dem benachbarten Altendorf wohnhafte Wittwe begab sich vorgestern Abend mit ihren drei Kindern zur Ruhe, während im Ofen noch Kohlen brannten. Am nächsten Morgen fand man sämmtliche Personen bis auf ein Mädchen von 14 Jahren, dessen Rettung herbeigerufener ärztlicher Hilfe gelang, erstickt vor.

Königshütte. Am 15. d. M. fing unsere Polizei einen gefährlichen Complicen des Räuberhauptmanns Vincent Elias in der Person des Malers Anton Legiczinsky aus Groß-Strehlitz ein. Dieser Strolch überfiel gedachten Tages Abends 8 Uhr auf der Beuthener Straße den nach Hause gehenden, nichts ahnenden Hüttenarbeiter Z., um diesen zu berauben, konnte jedoch nicht verhindern, daß Z. laut um Hilfe schrie. Zufälligerweise patrouillirten die Polizei-Sergeanten Pusch und Siegel zu jener Zeit die dortige Gegend ab, hörten die Hilferufe, begaben sich schleunigst nach der Stelle, wo das Geschrei herkam und konnten diese glücklich noch den gefährlichen Räuber, nach heftiger Gegenwehr seinerseits, dingfest machen. p. Legiczinsky ist ein äußerst rabiater und frecher Gesell, mit einer Gaunerphysiognomie ausgestattet. Kurz nach seiner Verhaftung polterte er heftig an seine Zellenthür und als der Polizei-Sergeant Siegel nach seinem Verlangen fragte, forderte er mit Ungestüm eine andere Zelle, schlug den Polizeisergeanten mit der Faust ins Gesicht, stieß ihn an den Unterleib und faßte ihn an die Gurgel. Auf das Hilferufen des p. Siegel requirirten die Töchter des im Hause wohnenden Polizeiwachtmeisters König die Wache, die erst den Widerspenstigen auf eine angemessene Weise beruhigte. Darob war der Legiczinsky so ergrimmt, daß er in nicht zu sanften Worten sich ausdrückte: „Wenn die Wache nicht gekommen wäre, hätte er den Polizisten erdrosselt und seinem Leben durchs Erhängen ein Ende gemacht." Den anderen Tag meldete sich der Wüthrich krank. Hoffentlich wird derselbe ordentlich curirt werden! Auf der Feldmark von Groß-Dombrowka ist ein Mann erfroren aufgefunden worden. Einige Bauern fanden ihn und schleppten die Leiche auf das Bayngower Terrain, um der Gemeinde etwaige Weitläufigkeiten zu erübrigen. Gewiß ein seltener Localpatriotismus! — In Laurahütte ist eine dem Trunke ergebene Frau todt aufgefunden worden. Es liegen jedoch Verdachtsgründe vor, daß dieselbe vorher erschlagen und auf die Straße geschleppt wurde, um den Schein zu geben, als sei die Frau erfroren.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 18. December. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Minister des öffentlichen Unterrichts, Wallon, und der Bischof von Orleans, Dupanloup, zu Senatoren gewählt. Es sind nun Seitens der Nationalversammlung noch 2 Senatorenwahlen zu vollziehen. Sodann wurde die Discussion über die Eintheilung der Wahlbezirke eröffnet. Es wurden dieselben für 35 Departements festgestellt. Montag wird die weitere Feststellung der Wahlbezirke erfolgen.

Paris, 18. December. In dem bekannten Processe des Fürsten Beauffremont gegen seine geschiedene Ehefrau ist gestern das Urtheil des Civilgerichts ergangen. Nach demselben sollen die Kinder des Fürsten bis zu ihrem 21. Jahre oder bis zu ihrer Verheirathung in dem Pensionat Sacré-Coeur erzogen werden. Die Güter der Fürstin werden sequestrirt.

Die verschiedenen Gruppen der Linken haben für die heute stattfindende Senatorenwahl wiederum eine einheitliche Liste aufgestellt.

Haag, 18. December. Die zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Abendsitzung mit 37 gegen 36 Stimmen das Budget für Fortificationen abgelehnt, welches einen Theil des Budgets des Kriegsministeriums bildet. Der Kriegsminister erklärte hierauf, er könne unter diesen Umständen das Budget für den Krieg nicht acceptiren und stelle zunächst das Verlangen, daß die Discussion über das Budget vertagt werde.

London, 17. December. Wie die amtliche „London Gazette" mittheilt, hat der Staatssecretair des Aeußern, Graf von Derby, eine Note des österreichischen Botschafters, Grafen v. Beust, vom 11. d. M. erhalten, in welcher die Aufkündigung des zwischen Oesterreich und England bestehenden Handelsvertrages und der dazu gehörigen Supplementar-Convention angezeigt wird. Dieselben laufen am 1. Januar 1877 ab.

Konstantinopel, 18. December. Wie dem „Telegraphen-Correspondenz-Bureau" aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan dem britischen Botschafter bei Gelegenheit eines Empfanges versichert, daß die von der Pforte decretirten Reformen pünktlich und schleunig durchgeführt werden sollen.

Newyork, 17. December. Generalconsul Seward in Shanghai ist zum Gesandten bei der chinesischen Regierung, James Birney zum Gesandten in Haag ernannt worden.

Triest, 18. December. Der Lloyddampfer „Aurora" ist heute Nacht 2 Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 19. December, Nachmittags 1 Uhr. [Privatverkehr.] Creditactien 345, 50, Staatsbahn 525, Lombarden 194, 50, 1860er Loose 113, 50, Silberrente —, —, Italiener 71, 30, 5proc. Türken 21, 90, Rumänier 28, 50, Galizier 89, 40, Köln-Mindener Eisenb.-St.-Actien 94, Bergisch-Märkische 78, 50, Rheinische 113, 70, Darmstädter Bank 116, 50, Disconto-Command. 129, Reichsbank 154, 75, Laurahütte 68. Schluß fest.

Frankfurt a. M., 18. December, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 203, 45. Pariser Wechsel 81, 05. Wiener Wechsel 177, 90. Böhm. Westbahn 169¼. Elisabethbahn 147¼. Galizier 178. Franzosen*) 262¼. Lombarden*) 97, —. Nordwestbahn 123, —. Silberrente 65¼. Papierrente 61⅝. Russische Bodencredit —. Russen 1872 99¼. Amerikaner 1885 99⅞. 1860er Loose 114. 1864er Loose 293, 00. Creditactien*) 170½. Bankactien 809, 50. Darmstädter Bank 117¼. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank 74⅝. Oesterr.-deutsche Bank 85½. Meininger Bank 85⅝. Hessische Ludwigsbahn 96¼. Oberhessen 72⅞. Ungar. Staatsl. 170, 00. Ungar. Schatzanweisungen alte 94½. dto. neue 93½. dto. Ostbahn-Obligat. II. 65. Central-Pacific 89. Reichsbank 154½. Köln-Mindener Loose —. Baierische Prämien-Anleihe —. Badische Prämien-Anleihe —. Badische Loose —, —. Braunschweiger —. — Privat-Discont — pCt. — Internationale Speculationswerthe matt, Fest, nur Creditactien matt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 171⅛, Franzosen 262⅛, Lombarden 97, Galizier —, —, 1860er Loose —, —, Oesterr.-deutsche Bank —, Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 18. December, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 118, Silberrente 65⅝. Credit-Actien 171¼, Nordwestbahn —, 1860er Loose 113½, Franzosen 654, Lombarden 243½, Ital. Rente 71, Vereinsbank 115⅝, Laurahütte 67¼, Commerzbank 82¼, do. II. Emission —, Norddeutsche 125½, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 39½, do. neue 63, Amerikaner de 1885 94, Köln-Mindener St.-A. 94, Rheinische Eisenbahn do. 114, Bergisch-Märkische do. 78¼, Disconto 4¾ pCt. — Internationale Bank 82¼. Etwas fester.

Hamburg, 18. December, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine flau. Roggen loco still, auf Termine matt. Weizen pr. Decbr. 199 Br., 198 G., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 207 Br., 206 G. Roggen pr. December 146 Br., 145 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. Hafer fest. Gerste flau. Rüböl still, loco 72, pr. Mai pr. 200 Pfd. 70½. Spiritus flau, pr. December 35½, pr. Januar-Februar 35¾, per April-Mai 36½, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 37¾. Kaffee matt, geringer Umsatz. Petroleum fest, Standard white loco 11, 80 Br., 11, 70 Gd., per December 11, 70 Gd., per Januar-März 11, 70 Gd. — Wetter: Sehr trübe.

Wien, 19. Decbr. [Privat-Verkehr.] (Schluß 12 Uhr 45 Min.) Creditactien 201. 70, Franzosen —, —, Lombarden 110, 60, Galizier 205, 25, Anglo-Austrian 92, 90, Staatsbahn 299, —, Unionsbank 74, —, Papierrente —, —, Silberrente —, —, Napoleons 9, 14, Türkische Loose —, —, — Ziemlich fest.

Liverpool, 18. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 11,000 Ballen, davon 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 18. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Ruhig. Ankünfte angeboten und eher niedriger.

Middl. Orleans 7¼, middl. amerikanische 7, fair Dhollerah 4 11/16, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5¼, new fair Domra 4¾, good fair Domra 5 5/16, fair Madras 4¾, fair Pernam 7½, fair Smyrna 6⅛, fair Egyptian 7⅝.

Antwerpen, 18. December, Nachmitt. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 27¾. Roggen unverändert, Hafer stetig. Gerste fest.

Antwerpen, 18. December, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29¼ bez. und Br., per December 29 bez. und Br., per Januar 29 Br., per Februar 29 Br., per Januar-April 29 Br. Steigend.

Bremen, 18. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 40 à 11, 45, pr. Januar 11, 35, per Februar 11, 30, per März 11, 30. Fest.

Berliner Börse vom 18. December 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,00 bz
do. do.	2 M.	3	168,20 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,19 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	263,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	265,10 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	5	177,10 bz
do. do.	2 M.	5	176,50 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½ % consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,25 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	91,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129,00 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,40 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,60 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	83,70 bz
Pfandbr. Posensche	4	93,00 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	96,00 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	95,60 bz
Rentenbriefe Posensche	4	95,80 bz
Rentenbriefe Preussische	4	96,00 B
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 B
Rentenbriefe Sächsische	4	97,50 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	95,75 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,30 bz
Baierische 4% Anleihe	4	122,60 B
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	107,60 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 258,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142,00 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,75 bzG
Oldenburger Loose 135,25 bz

Ducaten 9,49 bz	Fremd. Bkn. 99,75 bz
Sover. 20,28 G	einl. i. Leip. 99,925 bz
Napoleons 16,18 bz	Oest. Bkn. 177,80 bz
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 266,00 bz
Dollars 4,17 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,00 bzB
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	97,90 bzG
do. do.	5	98,60 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,60 B
do. rückzb. à 110	5	105,50 G
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	—
do. III. Em. do.	5	102,20 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,90 G
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.B.	5	106,90 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	103,75 bz
do. do. II. Em.	5	100,50 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,50 bz
do. do. II. Em.	5	102,60 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,75 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	93,40 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	101,40 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	54,75 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	61,60 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	89,00 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	92,50 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	53,25 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	$4\frac{1}{5}$	65,25 bzB
do. Papierrente	$4\frac{1}{5}$	61,70 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	108,00 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	113,80 bz
do. Credit-Loose	—	349,00 bz
do. 64er Loose	—	295,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	194,50 bz
do. do. 1866	5	186,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	91,50 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,25 bz
do. do. 1885	6	98,60 bzG
do. 5% Anleihe	5	99,50 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	99,90 B
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	80,00 B
Rumänische Anleihe.	8	105,80 bzG
Türkische Anleihe	5	22,50 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	— —

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,00 bzB
Türken-Loose 53,90 etbzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,00 bz
do. III, v. St. 3½ g.	3½	84,75 B
do. do. VI.	4½	96,25 G
do. Hess. Nordbahn	5	101,90 bzG
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	94,75 G
do. do. E.	4½	94,75 G
do. do. F.	4½	94,75 G
do. do. G.	4½	94,00 bzG
do. do. H.	4½	92,50 bz
do. do. J.	4½	89,50 bz
do. do. K.	4½	90,00 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	98,00 B
do. IV.	4	91,50 bzB
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	96,50 bz
Hannover-Altenbeken	4½	90 G
Märkisch-Posener	5	101,50 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,25 B
do. do. II. Ser.	4	95,00 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,25 B
do. do. III. Ser.	4	95,00 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	91,30 bzG
do. E.	3½	86,00 bzG
do. F.	4½	99,90 B
do. G.	4½	97,25 bzB
do. H.	4½	101,00 bz
do. von 1869	5	103,10 bz
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	96,80 B
do. Brieg-Neisse	4½	97,50 bz
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	102,60 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	75,25 bzG
Ostpreuss. Südbahn	5	101,60 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102,60 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	30,00 G
Dux-Bodenbach.	5	66,00 bz
do. II. Emission	5	60,00 B
Prag-Dux.	fr.	26,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	88,20 bz
do. do. neue	5	86,00 G
Kaschau-Oderberg	5	65,50 bz
Ung. Nordostbahn	5	61,20 bz
Ung. Ostbahn	5	57,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	70,20 G
do. do. II.	5	72,25 bzG
do. do. III.	5	66,25 B
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	29,50 G
do. II.	fr.	23 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	74,75 bzG
Oesterr.-Französische	3	317,30 G
do. do. II.	3	310,00 bzG
do. südl. Staatsbahn	3	236,80 G
do. neue	3	235,30 bzG
do. Obligationen	5	80,60 bzG
Warschau-Wien II.	5	98,00 B
do. III.	5	95,75 bz
do. IV.	5	92,80 bz
do. V.	5	91,75 bzG

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1873	1874	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1⅛	1	4	20,25 bz
Berg.-Märkische.	3	3	4	78,50 bz
Berlin-Anhalt	16	8½	4	108,90 bz
Berlin-Dresden	5	5	5	26 bzG
Berlin-Görlitz	3	0	4	23,50 bzB
Berlin-Hamburg	10	12½	4	173,75 bzB
Berl. Nordbahn	5	0	fr.	1,20 bz
Berl.-Potsd.-Magdb.	4	1⅔	4	68,90 bzG
Berlin-Stettin	10⅔	$9\frac{11}{12}$	4	122,50 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	84 bz
Breslau-Freib.	8	7½	4	83 bz
Cöln-Minden	$8\frac{1}{12}$	$6\frac{9}{20}$	4	94,25 bz
do. Lit. B.	5	5	5	92,50 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	10,60 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,67	8½	4	89,70-50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	8 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	52,25 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	54,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	189,75 bz
Märk.-Posener	0	0	4	18,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	3	4	40,50 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	221,50 bzG
do. Lit. B.	4	4	4	90,75 bz
Mainz-Ludwigsh.	9	6	4	96,30 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98 bz
Oberschl. A. C. D.	13⅔	12	3½	146,90 bz
do. B.	13⅔	12	3½	136 G
do. E.	—	—	3½	139 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	10	8	4	524-25 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	250,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	3	1½	4	194-94 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6⅛	6½	4	103,50 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	59 bz
Rheinische	9	8	4	114 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	90,50 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	10,50 bzB
Rumän. Eisenbahn	5	4	4	27,75 bzG
Schweiz Westbahn	$1\frac{3}{5}$	0	4	11,50 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,50 bzG
Thüringer Lit. A.	7¼	7½	4	114 bzG
Warschau-Wien.	11	10	4	225,10 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	4	5	66,75 bz
Berliner Nordbahn	5	0	fr.	1,20 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	23,25 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	14 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	23 G
Kohlfurt-Falkenb.	5	2½	5	38 bz
Märkisch-Posener	0	0	5	62,50 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	53,50 bzB
do. Lit. C.	5	5	5	83 bzG
Ostpr. Südbahn	0	3½	5	68,75 bzG
Pomm. Centralb.	0	0	fr.	0,50 B
Rechte-O.-U.-Bahn	6⅛	6½	5	107,75 bz
Rumänier	8	8	8	83,25 bz
Saal-Bahn.	5	2⅝	5	20 bzG
Weimar-Gera.	5	5	5	22,50 G

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	—	5	4	conv. 33 bzG
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	39 G
Berl. Bankverein	5½	4½	4	72,25 bzG
Berl. Kassen-Ver.	29	$19\frac{1}{5}$	4	202 G
Berl. Handels-Ges.	6½	7	4	94,50 G
do. Prod.-u. Hdls.-B.	3⅔	10½	4	89,75 bzG
Braunschw. Bank.	9	7½	4	92,50 B
Bresl. Disc.-Bank	2½	4	4	67,75 bz
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	5	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	0	3½	4	64,75 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	4	4½	4	69 G
Danziger Priv.-Bk.	7¾	6	4	116,75 G
Darmst. Creditbk.	10	10	4	116,75 bz
Darmst. Zettelbk.	$7\frac{3}{10}$	6½	4	97 B
Deutsche Bank	4	5	4	78,10 bzG
do. Reichsbank	—	—	fr.	154,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	5	7½	4	93,50 bz
Deutsche Unionsb.	1	3	4	76,75 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	14	12	4	130 bzG
Genossensch.-Bnk.	3	6	4	96 bzG
do. junge	3	6	4	97 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	21,75 bz
Goth. Grundcredb.	8	9	4	110,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	$10\frac{5}{9}$	$11\frac{1}{9}$	4	115 bz
Hannov. Bank	$7\frac{3}{5}$	6⅔	4	100,90 bzG
do. Disc.-Bank	0	0	4	82 G
Königsb. Ver.-Bank	0	5¾	4	82 B
Lndw.-B. Kwilecki	0	6½	4	65,50 bzG
Leipz. Cred.-Anst.	9¾	9⅓	4	122,75 B
Luxemburg. Bank	8½	9	4	110 bzG
Magdeburger do.	$6\frac{3}{10}$	5½	4	100,75 B
Meininger do.	5	4	4	85,45 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	5	3	4	40 G
Nordd. Bank	$10\frac{4}{5}$	10	4	125,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	7¼	9½	4	104,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	0	4	58 bz
Oest. Cred.-Actien	5⅔	6⅞	4	349-45 bz
Posner Prov.-Bank	7⅔	6	4	92,50 G
Preuss. Bank-Act.	20	12¾	4	166 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	0	8	4	95,50 etbzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9⅓	4	118,50 bzG
Sächs. Bank.	12	10⅔	4	119,40 bzB
Sächs. Cred.-Bank	0	5	4	80,50 G
Schl. Bank-Verein	6	6	4	85,50 bzG
Schl. Vereinsbank	7	5	4	90 B
Thüringer Bank.	8	6	4	79,50 G
Weimar. Bank.	5	5¼	4	67,50 bzG
Wiener Unionsb.	0	5	4	125 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	0	fr.	87 G
Berl. Lombard-B.	0	0	fr.	8,25 B
Berl. Prod.-Makl.-B.	12⅔	0	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	0	fr.	37 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	67,75 bz
do. Hand. u. Entrep.	0	0	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	0	fr.	80,75 bzB
Hessische Bank.	0	0	fr.	61 G
Ndrschl. Cassenv.	0	0	fr.	0,50 G
Ostdeutsche Bank	4	6	fr.	81,50 bzG
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	1 B
Pr. Credit-Anstalt	0	0	fr.	51 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	0	fr.	—
Schl. Centralbank	0	2	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	0	fr.	13 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	6¾	7½	fr.	130 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,50 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	8	4	4	71,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	0	4	15,10 bzG
Nordd. Gummifab.	6	5½	4	44 G
do. Papierfabr.	0	4	4	20 G
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	10,75 etbzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	$17\frac{3}{5}$	$18\frac{3}{5}$	4	128,50 B
Schles. Feuervers.	18	17	4	590 G
Donnersmarkhütte	6	4	4	20 bzG
Dortm. Union	0	0	4	12 bzG
Königs- u. Laurah.	20	10	4	67,75 bz
Lauchhammer	2	0	4	24,75 G
Marienhütte	6	7½	4	50,50 bzB
Moritzhütte.	5	0	4	30,25 G
OSchl. Eisenwerke	0	1	4	9,50 G
Redenhütte	2	0	4	3,90 bz
Schl. Kohlenwerke	1	0	4	22 G
Schl. Zinkh.-Actien	8	7	4	85,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	8	7	4½	92 B
Tarnowitz. Bergb.	16	0	4	55 G
Vorwärtshütte	7	1	4	19 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	31 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	3½	6⅔	4	43 G
do. ver. Oelfabr.	8	5	4	49,50 B
Erdm. Spinnerei	7	4	4	21,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	0	2⅔	4	33 G
Hoffm's Wag. Fabr.	5½	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	5	2	4	32 etbz
Schl. Leinenind.	9	7½	4	83,90 bzG
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	0	fr.	— —
do. Porzellan	7	0	4	25 G
Schl. Tuchfabrik	0	0	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr	— — [80G conv
Schl. Wollw.-Fabr.	0	0	4	27 B
Wilhelmshütte MA.	10	4	4	56 G

Breslau, 20. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. — Cm. U.-P. — M. 32 C. Eisstand.

✣ **Breslau**, 20. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide sehr ruhig, bei stärkerem Angebot, Preise schwach behauptet.

Weizen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer alter weißer 18,70—19,70—21,70 Mark, alter gelber 17,70 bis 18,70 bis 20,70 Mark, neuer weißer 16,50 bis 18,00—19,70 Mark, neuer gelber 15,70 bis 16,70 bis 19,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur feine Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 14,30—15,00 bis 16,75 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach preishaltend, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,00 — 16,20 — 18,20 Mark, feinster über Notiz.

Mais stark angeboten, per 100 Kilogr. 10,20—12,00 Mark.

Erbsen mehr angeboten, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50—15,50—16,50 Mark.

Lupinen, nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. gelbe 9,50 — 11,50 Mark, blaue 9,50—11,00 Mark.

Wicken vernachlässigt, per 100 Kilogr. 18—19—20 Mark.

Oelsaaten nur billiger verkäuflich.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	31	25	30	25	29	25
Winterrübsen	30	—	29	—	28	50
Sommerrübsen	31	50	30	50	29	25
Leindotter	27	—	26	—	25	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen schwer verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen mehr angeboten, rother hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 49 bis 52—55—57 Mark, — weißer niedriger, pr. 50 Kilogr. 52—58—71—73—75 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl wenig verändert, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,75—30,75 Mark, neu 26,00—27,00 Mark, Roggen fein 26,25—27,25 Mark, Hausbacken 24,50—25,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10—10,50 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333''',70	334''',06	334''',20
Luftwärme	+ 0°,8	+ 0°,3	— 0°,5
Dunstdruck	1''',79	1''',60	1''',82
Dunstsättigung	83 pCt.	78 pCt.	95 pCt.
Wind	W. 0	SW. 1	S. 1
Wetter	trübe.	trübe.	trübe.

December 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334''',27	333''',92	333''',47
Luftwärme	— 0°,5	— 2°,3	— 2°,7
Dunstdruck	1''',42	1''',34	1''',43
Dunstsättigung	74 pCt.	83 pCt.	92 pCt.
Wind	SO. 1	SO. 1	SW. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hocherfreut [6313]
Samuel Tichauer und Frau.
Königshütte, den 17. December 1875.

Todes-Anzeige.

Das am 18. d. M. Abends 6 Uhr nach längerem Leiden erfolgte Ableben unseres innigst geliebten guten Gatten, Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Rectors an der evangelischen Elementarschule Nr. 38, [6314]

Carl Schneider,

zeige ich tiefbetrübt lieben Verwandten und seinen zahlreichen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ganz ergebenst an.

Breslau, den 19. December 1875.
Auguste Schneider, geb. **Neder**, im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 21. d. M. Nachmittag 3 Uhr auf dem Bernhardin-Friedhofe zu Rothkretscham statt.

Statt besonderer Meldung.

Heute Früh 2½ Uhr starb nach schwerem langen Leiden unsere innigst geliebte Frau, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Hausdorf,
geborene **Merkel**,
im 46. Lebensjahre. [2427]

Tiefbetrübt über diesen unersetzlichen Verlust widmen diese Anzeige allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Neisse, den 18. December 1875.

Todes-Anzeige.

Am 17. d. Mts., Abends 9¾ Uhr, entriss uns der Tod unsere geliebte Schwester, Schwägerin und Tante, die verwittwete Frau [8742]

Adelheid Unger,
geb. **Troplowitz,**

in Bunzlau. Ihr sanfter, biederer Charakter wird Allen, die sie kannten, unvergesslich bleiben.

Die Hinterbliebenen.

Thalia-Theater.

Dinstag, den 21. December. Achte klassische Vorstellung. Bei ermäßigten Preisen: „**Maria Stuart.**" Trauerspiel in 5 Acten von Friedr. von Schiller.

Stadt-Theater.

Montag, den 20. Decbr. ☞ Anfang Nachmittags 4 Uhr. ☜ Außer Abonnement. Bei ermäßigten Preisen: Fünftes Gastspiel der Wiener Kinder-Schauspielgesellschaft. „**Der verzauberte Prinz.**" Kindermärchen mit Gesang in 5 Bildern von Heinrich.

Abend-Vorstellung. ☞ Anfang 7 Uhr. ☜ 57ste Vorstellung im Bons-Abonnement. „**Der Waffenschmied.**" Komische Oper in drei Acten von A. Lortzing.

Lobe-Theater.

Montag, den 20. December. Zum 7. M.: „**Tante Therese.**" Schauspiel in 4 Acten von Paul Lindau.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.